






	<p data-bbox="932 344 1230 443">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p data-bbox="655 573 1209 815">Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht Prof. Dr. Heribert Heckschen, Dresden</p> <p data-bbox="568 976 687 994">1 01.12.2016</p>
--	--


<p data-bbox="331 1256 552 1328">Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr data-bbox="331 1330 576 1335"/>	<p data-bbox="932 1274 1230 1373">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p data-bbox="730 1458 1094 1529">A. Die Personengesellschaft</p> <p data-bbox="568 1906 687 1924">2 01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>I. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts</p>	
<p>3</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p style="padding-left: 20px;">I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p style="padding-left: 40px;">1. Gesetzesänderung</p>	<p>Gesetzesänderung 2016</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Aktienrechtsnovelle 2016 führt zur Änderung im HGB § 108 zur Anmeldung von Änderungen zum HR lautet nun: <p><i>„¹Die Anmeldungen sind von sämtlichen Gesellschaftern zu bewirken. ²Das gilt nicht, wenn sich nur die inländische Geschäftsanschrift ändert.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Nun reichen vertretungsberechtigte Gesellschafter aus ➤ Durch MoMiG und damit verbundene Änderung des § 107 HGB wurde übersehen, dass die Geschäftsanschriftsänderung des § 108 HGB ebenfalls unter Anmeldepflicht aller Gesellschafter fiel ➤ § 108 i.V.m. § 161 Abs. 2 HGB gilt auch für KGs
<p>4</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>I. Die BGB-Gesellschaft</p> <p>2. Geschäftsführung</p> <p style="text-align: right;">5</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Keine gerichtliche Bestellung eines organschaftlichen Vertreters für Familien-GbR</p> <p>OLG Frankfurt v. 30.01.2014 – 20 W 368/13, ZIP 2014, 875</p> <p>Eheleute F und A und ihre Kinder, Bet. 1 bis 4, waren Gesellschafter einer. Im GV wurde nur F zur GF und Vertretung berufen, Vertreterin war A, sofern er nicht einen Dritten mit schriftlicher Vollmacht zum Vertreter bestimmt. Die Vertretung durch andere Familienangehörige mit Ausnahme der Bet. 2 ist ausgeschlossen. Nach § 9 GV wird die GbR bei Tod eines Gesellschafter mit dessen Erben fortgesetzt, wenn sie Verwandte gerader Linie oder Adoptivkinder sind und die verbleibenden Gesellschafter nicht mit 3/4-Mehrheit beschließen, dass jene abzufinden sind. F hatte die Bet. 1 mit den laufenden Geschäften der GbR betraut. Die Bet. 1 hatte zudem Vollmacht über das auf F eingerichtete Konto, auf das die Miete gezahlt wurde. Nach dem Tod des F zerstritten sich die Bet. Der Bet. 4. wurde ausgeschlossen. Die Bet. 1 beantragte beim AG, der GbR einen Notgeschäftsführer analog § 29 BGB zu bestellen.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>I. Die BGB-Gesellschaft</p> <p>2. Geschäftsführung</p> <p style="text-align: right;">6</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Frankfurt v. 30.01.2014 – 20 W 368/13, ZIP 2014, 875</p> <p>Entscheidung:</p> <p>Eine Bestellung eines organschaftlichen Vertreters durch das Registergericht unter analoger Anwendung von § BGB § 29 BGB kann jedenfalls für eine Familien-GbR nicht erfolgen.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>I. Die BGB-Gesellschaft</p> <p>2. Geschäftsführung</p> <p style="text-align: right;">7</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Zur Wahrung der Schriftform bei organschaftlicher Vertretungsregelung einer GbR</p> <p>LAG Düsseldorf v. 22.05.2015 – 10 Sa 811/14 (n.rkr. BAG 6 AZR 366/15), ZIP 2015, 2477</p> <p>Die Bekl. ist eine GbR bestehend aus 7 Gesellschaftern. Mit einem auf dem Geschäftsbriefbogen der GbR verfassten Kündigungsschreiben, das von zwei Gesellschaftern unterzeichnet worden war, kündigte die Beklagte den Anstellungsvertrag mit dem Kläger. Die GbR wird laut Sozietätsvertrags durch zwei Gesellschafter vertreten. Der Kläger beruft sich auf die Nichteinhaltung der notwendigen Schriftform der. Die GbR werde grundsätzlich von allen sieben Gesellschaftern vertreten, das Kündigungsschreiben sei jedoch nur von zwei Gesellschaftern unterschrieben worden. Es lasse sich dem Kündigungsschreiben auch nicht entnehmen, dass die beiden Unterzeichner in Vertretung der anderen Gesellschafter gehandelt hätten.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>I. Die BGB-Gesellschaft</p> <p>2. Geschäftsführung</p> <p style="text-align: right;">8</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>LAG Düsseldorf v. 22.05.2015 – 10 Sa 811/14 (n.rkr. BAG 6 AZR 366/15), ZIP 2015, 2477</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Wird GbR im Rechtsverkehr durch alle Gter gemeinschaftlich vertreten, aber schriftliche Kündigung nicht von allen Gtern unterzeichnet, muss Urkunde zur Wahrung der Schriftform erkennen lassen, dass Unterschrift der handelnden Gter auch die Erklärung der nicht unterzeichnenden Gter decken soll ➤ Wenn GV organschaftliche Vertretungsregelung vorsieht, genügt es zur Wahrung der Schriftform, dass Kündigung allein von den im GV zur Vertretung der GbR ermächtigten Gtern unterzeichnet wird ➤ Bei organschaftlicher Vertretung sind keine nähere Angabe darüber, woraus die handelnde Person Vertretungsmacht herleitet (z. B. „als alleiniger Vertreter der GbR“ oder „in Alleinvertretung der GbR“) erforderlich <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>I. Die BGB-Gesellschaft</p> <p>2. Geschäftsführung</p> <p style="text-align: right;">9</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Unwirksamkeit einer Kündigungserklärung wegen fehlender Vorlage der Vollmacht, § 174 BGB</p> <p>OLG Köln v. 13.08.2015 – 18 U 153/14, GmbHR 2016, 647 Wachter, GmbHR 2016, 617</p> <p>Der Kl. war GF der beklagten GmbH. Die GmbH war deutsche Tochtergesellschaft einer US-amerikanischen corporation. Mit einem vom N, Senior Vice President, General Counsel und Secretary unterzeichneten Schreiben wurde dem Kl. das Anstellungsverhältnis ordentlich gekündigt. Der Kl. wies die Kündigung 2 Tage nach Zugang zurück, weil bei der Übergabe der Kündigung keine Vollmachtsurkunde vorgelegt worden sei. Ihm sei zwar bekannt gewesen, dass N für die Inc. tätig gewesen sei, aber nicht, dass dieser auch zu einer Kündigung seines Anstellungsvertrags befugt gewesen sei. Die Bekl. widersprach der Zurückweisung. Der Kl. habe gewusst, dass N zur Kündigung des GF befugt war. Die Informationen seien u.a. im Intranet verfügbar gewesen.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>I. Die BGB-Gesellschaft</p> <p>2. Geschäftsführung</p> <p style="text-align: right;">10</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>OLG Köln v. 13.08.2015 – 18 U 153/14, GmbHR 2016, 647</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kündigung eines GmbH-Geschäftsführers = einseitiges Rechtsgeschäft i.S.v. § 174 BGB ➤ Zurückweisungsrecht nach § 174 BGB nur beim Handeln von rechtsgeschäftlich bevollmächtigten Vertretern ➤ nicht bei gesetzlichen oder organschaftlichen Vertretern ➤ Zurückweisungsrecht (+), wenn US-amerikanische corporation alleinige Gesellschafterin einer deutschen GmbH und bei Kündigung des GmbH-Geschäftsführers durch einen ihrer Officer vertreten wird ➤ In USA kein allgemeines Handelsregister ➤ kein Gesellschaftsregister ➤ Unsicherheit für Rechtsverkehr Bestehen der Gesellschaft und Vertretung <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>3. Gesellschafter</p> <p>11</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Formbedürftigkeit des Beitritts zu einer GbR – mittelbare Anteilsübertragung (Fall Breuninger)</p> <p>LG Stuttgart v. 16.01.2014 – 22 O 582/11, ZIP 2014, 1330 OLG Stuttgart, Urt. v. 21.10.2015 – 14 U 4/14, NJOZ 2016, 711 / ZIP 2016, A 58</p> <p>Der Kl. und die beiden Bekl. bildeten gemeinsam den Vorstand einer Stiftung, in deren Vermögen sich alle Anteile einer GmbH befanden. Diese war wiederum Allein-Gterin an der B-GmbH. Die Stiftungsvorst. einigten sich darauf, die Stiftung aufzulösen und die Anteile an der B GmbH auf die bekl. Stiftungsvorst. zu übertragen. Hierzu musste der Kl. auf einen Übertragungsanspruch, den er als Stiftungsvorstand besaß, verzichten. Der Kl. wollte im Außenverhältnis nicht als Erwerber in Erscheinung treten. Daher vereinbarte er mit den Bekl., dass diese für ihn zunächst als Treuh. auftreten, er den Anteil insoweit direkt von den Bekl. erwerben würde. Nach der Übertragung auf die Bekl. verlangt der Kl. die Übertragung des Anteils. Diese verweigerten dies u.a. unter Berufung auf eine fehlende not. Beurkundung nach § 15 IV GmbHG, und die Formnichtigkeit der Übertragungsvereinbarung.</p> <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>3. Gesellschafter</p> <p>12</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>LG Stuttgart v. 16.01.2014 – 22 O 582/11, ZIP 2014, 1330</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ bei zum. teilweise durchgeführtem verdeckten formunwirksamen oder nichtigen Treuhandvertrag kommen Ansprüche nach den Regeln der §§ 677 ff. BGB (GoA) in Betracht ➤ nicht, wenn auch eine Einigung über die essentialia negotii des Treuhandvertrags fehlt ➤ Vereinbarung zum gemeinschaftlichen Vorgehen beim Erwerb aller Geschäftsanteile einer GmbH <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gründung einer Gelegenheits-GbR = „Erwerberkonsortium“ ➤ Ende der GbR wegen Zweckerreichung, sobald zwei Beteiligte im Außenverhältnis Anteile erworben haben und anderen Beteiligten dem Erwerberkonsortium beitreten ➤ Bei Auseinandersetzung des Erwerberkonsortiums können Gesellschafter Übertragung der – ggf. noch zu bildenden – Anteile der GmbH verlangen <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>3. Gesellschafter</p> <p style="text-align: right;">13</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>LG Stuttgart v. 16.01.2014 – 22 O 582/11, ZIP 2014, 1330</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Keine Berufung auf Formunwirksamkeit gem. § 15 IV GmbHG ➤ Beitrag des einzelnen Gesellschafters zur Erreichung des Gesellschaftszwecks kann auch vor Beitritt zum Erwerberkonsortium geleistet werden und in zweckgerichteter und eigennütziger Ausübung eines Stimmrechts im Leitungsgremium einer anderen juristischen Person oder Körperschaft bestehen <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>3. Gesellschafter</p> <p style="text-align: right;">14</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Stuttgart Zwischenurteil v. 21.10.2015 – 14 U 4/14, NJOZ 2016, 711</p> <p>Stellungnahme zur Anforderungen an Befreiung von Verschwiegenheitspflicht nach § 18 II BNotO</p> <p>Leitsätze</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ein Notar hat eine Information auch dann im Hinblick auf seine berufliche Tätigkeit iSv § 383 I Nr. 6 ZPO und § 18 I BNotO erlangt, wenn er die Information von einer nicht unmittelbar an dem notariellen Geschäft beteiligten Person, die hierbei auf die Amtsstellung des Notars vertraut, erhält. 2. Unter diesen Umständen bedarf es für eine Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht nach § 18 II BNotO nicht nur des Einverständnisses der Auftraggeber des Notars bzw. der an dem notariellen Geschäft unmittelbar beteiligten Personen, sondern auch des Dritten. <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>3. Gesellschafter</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Identitätswahrende Auswechslung sämtlicher Gesellschafter einer GbR</p> <p>BGH v. 03.11.2015 – II ZR 446/13, ZIP 2016, 211</p> <p>Die Kläger waren ursprünglich Mitglieder einer GbR. Sie schieden aus der Gesellschaft aus und vereinbarten zur Regelung ihrer Abfindungsansprüche mit der GbR und deren verbliebenen sowie neu eingetretenen Gesellschaftern, dass ihnen unter bestimmten Voraussetzungen gegenüber den derzeitigen Gesellschaftern das „Wahlrecht“ zustand, „100 % der Gesellschaft (...) zu übernehmen“. Die Kläger übten das Wahlrecht aus. Nunmehr wenden die Kläger sich gegen die Zwangsvollstreckung aus einem gegen die GbR gerichteten Vollstreckungsbescheid. Sie haben beantragt, die Zwangsvollstreckung aus jenem Bescheid für unzulässig zu erklären.</p>
15	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>3. Gesellschafter</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BGH v. 03.11.2015 – II ZR 446/13, ZIP 2016, 211</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Richtet sich Vollstreckungsbescheid gegen GbR als Vollstreckungsschuldnerin, steht Befugnis zur Erhebung der Vollstreckungsabwehrklage der GbR zu <ul style="list-style-type: none"> ▪ nicht Gesellschaftern ➤ sämtliche Gesellschafter können unter Wahrung der Gesellschaftsidentität gleichzeitig durch Anteilsübertragung ausgewechselt werden <ul style="list-style-type: none"> ▪ ebenso wie bei Personenhandelsgesellschaften <ul style="list-style-type: none"> - BGH, NJW 1966, 499
16	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>4. Grundbuch- berichtigung</p> <p style="text-align: right;">17</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Grundbuchberichtigung bei Gesellschafterwechsel einer GbR infolge der Anwendung einer einfachen erbrechtlichen Nachfolgeklausel OLG München v. 28.07.2015 – 34 Wx 106/15, RNotZ 2015, 639</p> <p>Die verstorbene E. war Gterin einer GbR, die Eigentümerin eines Waldgrundstücks ist. Die Erben, Bet 1 bis 4, wurden „in Erbengemeinschaft“ nach E. neben den übrigen Gtern „als Gter des Bürgerlichen Rechts“ im GB eingetragen. Der ursprüngliche GV von 1971 sieht vor, dass die GbR mit den Erben eines verstorbenen Gters fortgesetzt wird. Anteilsübertragungen bedürfen der Zustimmung von 9/12 der übrigen Gter, nicht bei Erbfall. Die Bet vereinbarten durch ErbteilsübertragungsV die Übertragung der Erbteile der Bet 1 bis 3 auf die Bet 4 und beantragten Berichtigung des GB. Nach ZV stellte Notar, dass die Bet 1 bis 3 mit ihren Erklärungen ihre durch Sondererfolge entstandenen Berechtigungsanteile an der GbR auf die Beteiligte zu 4 übertragen und abtreten. Das GBA lehnte die Eintragung ab.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>4. Grundbuch- berichtigung</p> <p style="text-align: right;">18</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG München v. 28.07.2015 – 34 Wx 106/15, RNotZ 2015, 639</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Sind Anteile des Erblassers aufgrund einfacher erbrechtlicher Nachfolgeklausel durch Singularsukzession auf Erben übergegangen, geht eine vereinbarte Erbanteilsübertragung in dinglicher Hinsicht ins Leere, wenn sich die Erben über Nachlass bereits vollständig auseinandergesetzt haben ➤ keinen Übergang der Gesellschaftsanteile der übertragenden Miterben auf den übernehmenden Miterben ➤ Eintragung des Gesellschafterwechsels durch Grundbuchberichtigung setzt bei rechtsgeschäftlicher Anteilsübertragung Berichtigungsbewilligung des Übertragenden, des Übernehmenden und aller übrigen Mitgesellschafter voraus – alternativ Nachweis der Grundbuchunrichtigkeit <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>4. Grundbuch- berichtigung</p> <p style="text-align: right;">19</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>OLG München v. 28.07.2015 – 34 Wx 106/15, RNotZ 2015, 639</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Auch bei Übertragung unter Mitgesellschaftern! <ul style="list-style-type: none"> ▪ a. A. KG, MDR 2015, 719 ➤ Kommt es im Berichtigungsverfahren für Nachweis der Unrichtigkeit auf Inhalt des in privatschriftlicher Form vorliegenden GVs an, kann es notwendig sein, die unveränderte Fortgeltung desselben durch übereinstimmende Erklärung der Gesellschafter zu belegen <ul style="list-style-type: none"> ▪ hier: über 40 Jahre alter GV eines personalistisch strukturierten Zusammenschlusses von Waldbesitzern <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>5. FamGer. Genehmigung</p> <p style="text-align: right;">20</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>FamGer. Genehmigung bei Veräußerung eines Grundstücks durch GbR mit minderjährigem Gesellschafter</p> <p>OLG Nürnberg v. 4. 10. 2012 – 15 W 1623/12, NJW 2013, 82/OLG Koblenz v. 22. 8. 2002 - 9 UF 397/02, NJW 2003, 1401</p> <p>Die minderjährigen Kinder P.E. und Ly.E. sind Mitglieder der Familie E-Vermögensverwaltungs-GbR. Nach § 2 des GV ist Gegenstand der Gesellschaft die gewinnbringende Verwaltung eigenen Vermögens. Dabei darf die Gesellschaft alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Erklärungen des Ergänzungspflegers für P.E. wurden vormundschaftsgerichtlich genehmigt. Mit KV vom 6. 12. 2011 verkaufte die GbR ein Grundstück an T. Zur Sicherung des Anspruchs auf Eigentumsübergang bewilligte sie und beantragte der Käufer die Eintragung einer Vormerkung. Unter dem 5. 6. 2012 beantragte der Notar die Eintragung der Auflassungsvormerkung. Das Grundbuchamt wies den Eintragungsantrag zurück. Die nach §§ 1643 I, 1821 I Nrn. 1, 4 BGB erforderliche familiengerichtliche Genehmigung liege nicht vor. Das Grundbuchamt hat der Beschwerde des Käufers T nicht abgeholfen.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>I. Die BGB- Gesellschaft</p> <p>5. FamGer. Genehmigung</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Nürnberg v. 4. 10. 2012 – 15 W 1623/12, NJW 2013, 82</p> <p>Die Eltern bedürfen zur Veräußerung eines Grundstücks, das im Eigentum einer GbR steht, der auch ihre mind. Kinder angehören, auch nach der Änderung der Rspr. zur Rechtsstellung der GbR der famger. Genehmigung nach § § 1643 I, 1821 Nr. 1 und 4 BGB, wenn es sich um eine vermögensverwaltende GbR handelt, zu deren Geschäftsgegenstand die Veräußerung von Grundstücken nicht gehört.</p> <p>OLG Koblenz v. 22. 8. 2002 - 9 UF 397/02, NJW 2003, 1401</p> <p>1. Die Veräußerung von Grundstücken durch eine GbR., an der mind. Personen beteiligt sind und deren Zweck nicht auf eine Erwerbstätigkeit, sondern auf rein verwaltende Tätigkeiten gerichtet ist, bedarf einer famger. (Abgrenzung zur geänderten Rspr. des BGH zur Teilrechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, NJW 2001, 1056).</p> <p>2. Dies gilt auch dann, wenn der Beitritt der Mind. zu der GbR bereits vormundschaftlich (seit Juli 1998: familiengerichtlich) genehmigt worden war.</p>
21	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p style="text-align: center;">II. Die Partnerschaftsgesellschaft, Partnerschaftsgesellschaft mbB – die „richtige“ Rechtsform für Freiberufler –</p>
22	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>II. Die PartGmbH</p> <p>1. Verfassungswidrigkeit</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Verfassungswidrigkeit des Verbots einer Partnerschaftsgesellschaft von Rechtsanwälten mit Ärzten und Apothekern BVerfG v. 12.01.2016 – 1 BvL 6/13, NJW 2016, 700</p> <p>Die Antragsteller – ein RA und eine Ärztin und Apothekerin – gründeten eine PartG und meldeten diese beim zuständigen AG zur Eintragung an. Die Tätigkeit der Antragstellerin sollte sich auf gutachterliche und beratende Tätigkeiten beschränken. Das AG wies die Anmeldung unter Hinweis auf § 59a I 1 BRAO zurück. Die Beschwerde blieb erfolglos.</p> <p>Der mit der zugelassenen Rechtsbeschwerde angerufene BGH hat das Verfahren ausgesetzt und eine Entscheidung des BVerfG zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des § 59a I1 BRAO ersucht.</p>
23	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>II. Die PartGmbH</p> <p>1. Verfassungswidrigkeit</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BVerfG v. 12.01.2016 – 1 BvL 6/13, NJW 2016, 700</p> <p>Entscheidung:</p> <p>Leitsatz:</p> <p>Das Sozietätsverbot aus § 59a Abs. 1 S. 1 BRAO verletzt das Grundrecht der Berufsfreiheit, soweit es Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten eine gemeinschaftliche Berufsausübung mit Ärztinnen und Ärzten oder mit Apothekerinnen und Apothekern im Rahmen einer Partnerschaftsgesellschaft untersagt.</p>
24	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>II. Die PartGmbH</p> <p>2. Zahlen und Fakten</p> <p style="text-align: right;">25</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartGmbH)</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Seit dem 19.07.2013 ➤ Rechtsformvariante der Partnerschaft (OLG Nürnberg v. 05.02.2014, 12 W 351/14, BeckRS 2014, 03712) ➤ bisher nur Rechtsanwälten, Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern, Architekten berufsrechtlich eröffnet <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>II. Die PartGmbH</p> <p>2. Zahlen und Fakten</p> <p style="text-align: right;">26</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Rechtstatsachen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Eintragungen <ul style="list-style-type: none"> ➤ per 31.12.2013: 361 ➤ Eintragungen per 31.12.2014 : 1.702 ➤ Eintragungen per 31.12.2015 : 2.957 ➤ DAV-Schätzung: mehr als 10.000 RAe ➤ Öffnung für andere Berufsgruppen: Heilberufe (bis jetzt nur Bayern), Apotheker, Architekten, beratende Ingenieure ➤ Einen umfassenden Überblick geben: Lieder/Hoffmann, NJW 2016, 287 <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>A. Die Personen- gesellschaft</p> <p>II. Die PartGmbH</p> <p>3. Vorteile</p> <p style="text-align: right;">27</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Vorteile</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ steuerliche Transparenz wie Partnerschaftsgesellschaft ➤ Haftungsbeschränkung ähnlich GmbH & Co. KG ➤ keine Körperschaftssteuer wie bei GmbH ➤ Keine Beitragspflicht bei der Industrie- und Handelskammer ➤ einfachere Bilanzierungs- und Publizitätsvorschriften als GmbH ➤ kein Mindestkapital ➤ vereinfachte Gründung ➤ Vermeidung der mit der LLP verbundenen Offenlegungspflichten und Rechtsunsicherheiten ➤ Keine Insolvenzantragspflicht (str.) <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: right;">28</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p style="text-align: center;">III. Aktuelles zur Gesellschafterversammlung der Kommanditgesellschaft</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="text-align: center;">A.</p> <p style="text-align: center;">Die Personengesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">1. Ausübung Gesellschafter- befugnisse bei Testaments- vollstreckung</p>	<p style="text-align: center;">Zur Ausübung der Gesellschafterbefugnisse bei unbeschränkter Testamentsvollstreckung</p> <p>BGH v. 13.05.2014 - II ZR 250/12, GmbHR 2014, 863; ausf. Heckschen/Strnad, NZG 2014, 1201)</p> <p>Erblasserin war Alleinges. der Komplementärin einer GmbH & Co. KG und deren alleinige Kommanditistin. Über ihren Nachlass war TV angeordnet worden. Die Erben (der Gesellschaftsanteile) werfen dem TV vor, er habe seine Pflichten als GF verletzt und sei der KG daher zum SE verpflichtet. Die neu eingesetzte Geschäftsführung der KG kommt zu dem Ergebnis, dass es keinen Anlass für SE-Forderung gibt. Die Erben fassen bei der Komplementärin und der KG mehrfach Gesellschafterbeschlüsse des Inhalts, sie zur Einziehung der behaupteten SE-Forderungen zu ermächtigen. Zur Behebung (etwaiger) formeller Mängel dieser Beschlussfassungen verlangten die Erben von der (Geschäftsführung der) Komplementärin die Einberufung neuer GesellschafterV und luden nach Zurückweisung dieses Ansinnens dazu selbst ein.</p>
29	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="text-align: center;">A.</p> <p style="text-align: center;">Die Personengesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">1. Ausübung Gesellschafter- befugnisse bei Testaments- vollstreckung</p>	<p style="text-align: center;">BGH v. 13.05.2014 - II ZR 250/12, GmbHR 2014, 863</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ BEACHTEN: TV unterliegt selbst § 47 Abs. 4 GmbHG ➤ Minderheitenschutzrechte wie das Verlangen der Einberufung einer Gesellschafterversammlung im Wege des Selbsthilferechts eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, ist davon unabhängig, dass Gesellschafter oder sein TV in der zur Beschlussfassung anstehenden Frage (nicht) mitstimmen darf. ➤ Auch Gesellschafter ohne Stimmrecht/ mit Stimmverbot belasteter kann ein berechtigtes Interesse daran haben, bestimmte Angelegenheiten in der Gesellschaft zur Diskussion und Abstimmung zu stellen
30	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>Fortsetzung von OTTO und Schutzgemeinschaft II BGH v. 21.10.2014 - II ZR 84/13, NZG 2014, 302 Heckschen/Bachmann, NZG 2015, 531</p> <p>Der Kl., Minderheitskommanditist einer GmbH & Co. KG, macht die Unwirksamkeit eines Gesellschafterbeschlusses geltend. Die Gesellschafterversammlung hat mit einfacher Mehrheit der Stimmen der Bekl. der Übertragung u. a. der Kommanditanteile des Kl. auf eine Stiftung zugestimmt. Nach der allgemeinen Mehrheitsklausel des GV werden Beschlüsse grds. mit einfacher Mehrheit gefasst, soweit nicht ausdrücklich anders geregelt. Die Abtretung von Gesellschaftsanteilen bedarf nach dem GV der Einwilligung der Gesellschafterversammlung (ohne bestimmtes Mehrheitserfordernis). Änderungen des GV erfordern einen einstimmigen Beschluss. Der Kläger meint, der Beschluss über die Zustimmung zur Übertragung seiner Anteile hätte einstimmig gefasst werden müssen.</p>
<p>31</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>Fortsetzung von OTTO und Schutzgemeinschaft II BGH v. 21.10.2014 - II ZR 84/13, NZG 2014, 302</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ formelle Legitimation eines auf Mehrheitsklausel gestützten Beschlusses bereits dann gegeben, wenn Auslegung des Gesellschaftsvertrags nach allgemeinen Auslegungsgrundsätzen ergibt, dass dieser Beschlussgegenstand einer Mehrheitsentscheidung unterworfen sein soll ➤ Keine Auslegungsregel mit Inhalt, dass allgemeine Mehrheitsklausel restriktiv auszulegen ist oder sie jedenfalls dann, wenn sie ohne konkreten Anlasses vereinbart wurde, Beschlussgegenstände, die die Grundlagen der Gesellschaft betreffen oder ungewöhnliche Geschäfte beinhalten, regelmäßig nicht erfasst
<p>32</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>Fortsetzung von OTTO und Schutzgemeinschaft II BGH v. 21.10.2014 - II ZR 84/13, NZG 2014, 302</p> <p>a) Die formelle Legitimation einer auf eine Mehrheitsklausel im Gesellschaftsvertrag einer Personengesellschaft gestützten Mehrheitsentscheidung ist auch bei einem Beschluss, mit dem die nach dem Gesellschaftsvertrag vorgesehene Einwilligung der Gesellschafterversammlung zur Abtretung eines Gesellschaftsanteils erklärt wird, bereits dann gegeben, wenn die Auslegung des Gesellschaftsvertrags nach allgemeinen Auslegungsgrundsätzen ergibt, dass dieser Beschlussgegenstand einer Mehrheitsentscheidung unterworfen sein soll.</p>
33	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>Fortsetzung von OTTO und Schutzgemeinschaft II BGH v. 21.10.2014 - II ZR 84/13, NZG 2014, 302</p> <p>b) Dem früheren Bestimmtheitsgrundsatz kommt für die formelle Legitimation einer Mehrheitsentscheidung keine Bedeutung mehr zu. Er ist bei der Auslegung auch nicht in Gestalt einer Auslegungsregel des Inhalts zu berücksichtigen, dass eine allgemeine Mehrheitsklausel restriktiv auszulegen ist oder sie jedenfalls dann, wenn sie außerhalb eines konkreten Anlasses vereinbart wurde, Beschlussgegenstände, die die Grundlagen der Gesellschaft betreffen oder ungewöhnliche Geschäfte beinhalten, regelmäßig nicht erfasst (Fortführung von BGH, Urteil vom 15. Januar 2007 – II ZR 245/05, BGHZ 170, 283 - OTTO; Urteil vom 24. November 2008 - II ZR 116/08, BGHZ 179, 13 - Schutzgemeinschaftsvertrag II).</p>
34	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">A. Die Personen- gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">3. Gesellschafter- versammlung</p> <p style="text-align: right;">35</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Fortsetzung von OTTO und Schutzgemeinschaft II BGH v. 21.10.2014 - II ZR 84/13, NZG 2014, 302</p> <p>c) Auf der zweiten Stufe wird die materielle Legitimation des konkreten Beschlusses geprüft, ob ein treuwidriger Missbrauch der Mehrheitsmacht vorliegt. Dies ist bei Grundlagengeschäften bzw. Eingriffen in den Kernbereich regelmäßig der Fall. Beitragserhöhungen können z.B.: nicht ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters beschlossen werden.</p> <p><i>Beitritt zur KG soll keine Änderung des Gesellschaftsvertrages sein, für die im konkreten Fall eine höheres Quorum vorgesehen war.</i></p> <p><i>Konkret erkannte der BGH bei der Zustimmung zur Abtretung an eine Stiftung keinen treuwidrigen Missbrauch der Mehrheitsmacht.</i></p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">A. Die Personen- gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">2. Zur Eintragungsfähigkeit eines Nießbrauchs an Kommanditanteil</p> <p style="text-align: right;">36</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Zur Eintragungsfähigkeit eines Nießbrauchs an Kommanditanteil OLG Oldenburg v. 9.03.2015 – 12 W 51/15, NZG 2015, 643</p> <p>Die Ast. ist eine KG mit zwei Kommanditisten. Einer der beiden Kommanditisten hatte einen Teil des von ihm gehaltenen Kommanditanteils an seinen Mitgesellschafter übertragen. Dem übertragenden Kommanditisten wurde jedoch gleichzeitig an dem Teilkommanditanteil ein Nießbrauch in entsprechender Höhe eingeräumt. Das zuständige Registergericht verweigerte die Eintragung des Nießbrauchs in das Handelsregister mit der Begründung, die Eintragung sei zur Darstellung der Haftungslage in der KG nicht erforderlich, da der Nießbraucher im Außenverhältnis nicht hafte.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">A.</p> <p style="text-align: center;">Die Personen- gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">2. Zur Eintragungsfähigkeit eines Nießbrauchs an Kommanditanteil</p> <p style="text-align: right;">37</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">OLG Oldenburg v. 09.03.2015 – 12 W 51/15, NZG 2015, 643</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Nießbrauch an Kommanditanteil kann ins HR eingetragen werden (Anschluss an OLG Stuttgart, NZG 2013, 432) ➤ Rechtsverkehr und das Registergericht haben aber auch ein Interesse daran zu erfahren, wer an Beschlüssen einer Gesellschaft mitwirken kann ➤ Bei Grundsatzentscheidungen verfügt auch der Nießbraucher über erheblichen Einfluss <ul style="list-style-type: none"> ▪ Da sich Änderungen des GV mittelbar auf Bestand des Nießbrauchs auswirken, darf Gesellschafter gem. § 1071 BGB nur mit Zustimmung des Nießbrauchers für Änderung des GVs stimmen <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">A.</p> <p style="text-align: center;">Die Personen- gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">2. Zur Eintragungsfähigkeit eines Nießbrauchs an Kommanditanteil</p> <p style="text-align: right;">38</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Nießbrauch an Kommanditanteil ist nicht eintragungsfähig</p> <p style="text-align: center;">OLG München v. 08.08.2016 – 31 Wx 204/16, ZIP 2016, 1675</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Handelsregister soll über Unternehmensformen, ihre konkrete Ausgestaltung wie Vertretungs- und Haftungsverhältnisse Auskunft geben. ➤ Nießbraucher erhält lediglich ein dingliches Nutzungsrecht. ➤ Mitverwaltungsrechte, wie z.B. Stimmrecht, sind nicht Inhalt dieses Nutzungsrechts. ➤ Regelung des § 1071 BGB rechtfertigt auch nicht die Eintragung des Nießbrauchs in das Handelsregister. ➤ Nießbraucher trifft keine persönliche Haftung ➤ Keine Vergleichbarkeit des Nießbrauchers mit Stellung des Testamentsvollstreckers <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>Einberufungsmangel bei Personengesellschaften</p> <p>BGH v. 11.03.2014, II ZR 24/13, NZG 2014, 621</p> <p>Die Gesellschafter mehrerer Personengesellschaften standen im Streit. Die beklagten Gesellschafter hatten auf Gesellschafter-versammlungen der Gesellschaften – teilweise mehrfach – den Ausschluss des klagenden Gesellschafters beschlossen. Zu beiden GesellschafterV hatten die Beklagten nicht der gesellschaftsvertraglich vorgesehenen Frist entsprechend (drei Wochen, jeweils knapp nicht gewahrt - ein Arbeitstag zu wenig) geladen; der klagende Gesellschafter war dessen ungeachtet erschienen. Der Kläger rügte in den Gesellschafter-versammlungen jeweils den Ladungsmangel.</p>
<p>39</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>BGH v. 11.03.2014, II ZR 24/13, NZG 2014, 621</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Nichtigkeit aufgrund Ladungsmangel nur, wenn der mit den Ladungsbestimmungen verfolgte Zweck - „Dispositionsschutz“ des Gesellschafters (Vorbereitung auf die Tagesordnungspunkte und die Teilnahme an der Versammlung) – verletzt wird ➤ Im Streitfall: keine Einschränkung hinsichtlich Vorbereitungs- oder Teilnahmemöglichkeit → keine Nichtigkeit
<p>40</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>Zur Auslegung von satzungsdurchbrechenden Gesellschafterbeschlüssen bei Einräumung eines doppelten Stimmrechts (Fall Tönnies)</p> <p>OLG Hamm v. 09.03.2015 – 8 U 78/14, NZG 2015, 678</p> <p>Der Kl. und der Bekl. 1) halten jeweils 50 % der Kommanditanteile an der U3 GmbH & Co. KG und an deren Komplementärin, der Bekl. 2). Die U3 GmbH & Co. KG, die Holding, hält 90 % der Kommanditanteile an der U GmbH & Co. KG und 100 % an der Komplementärin D & D2 U-GmbH. Die Konzernstruktur wurde in einer umfangreichen Umstrukturierung im Jahr 2002 geschaffen, im Rahmen dessen auch in der GV der U GmbH & Co. KG und der D & D2 U-GmbH jeweils ein doppeltes Stimmrecht zugunsten des Bekl. 1) aufgenommen wurde. Dies geschah in der Vorstellung, dem Bekl. 1) im Rahmen der Umstrukturierung Leitungsmacht in der Holding zu verschaffen. Die Satzungsänderung der Bekl. 2) wurde nicht gem. § 54 III GmbHG ins HR eingetragen. Der Bekl. 1) ging davon aus, dieses doppelte Stimmrecht stehe ihm auch in der Muttergesellschaft U3 GmbH & Co. KG und der Bekl. 2) zu.</p>
<p>41</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>OLG Hamm v. 09.03.2015 – 8 U 78/14, NZG 2015, 678</p> <p>Entscheidung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Regelungen über Stimmrechte in einer GmbH stellen sog. echte Satzungsbestandteile dar, die objektiv auszulegen sind und nur nach § 53 GmbHG geändert werden können. Entsprechende Regelungen bei Personengesellschaften sind nach den allgemeinen Regeln der §§ 133, 157 BGB auszulegen. 2. Der Irrtum, durch Schaffung eines doppelten Stimmrechts in der Satzung einer Tochtergesellschaft werde auch ein doppeltes Stimmrecht in der Muttergesellschaft geschaffen, ist ein unbeachtlicher Motivirrtum, der eine Störung der Geschäftsgrundlage nach § 313 II BGB begründen kann. 3. Nach § 313 I BGB kann zwar eine inhaltliche Modifikation einer Vertragsbestimmung, nicht aber die Umgestaltung eines Rechtsgeschäfts in ein anderes Rechtsgeschäft mit anderen Vertragsparteien verlangt werden
<p>42</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>Mehrstimmrecht bei Nullkapital-Beteiligung an einer Publikums-KG</p> <p>OLG Karlsruhe v. 29.07.2014 - 4 U 24/14, ZIP 2014, 1929</p> <p>Im Gesellschaftsvertrag einer (Publikums-) KG mit 160 Kommanditisten ist eine Klausel aufgenommen, nach der der Komplementärin zusätzlich (zu den sich nach der Haftsumme richtenden Stimmen der Kommanditisten) Stimmen in Höhe von 20 % der gezeichneten Haftsumme geteilt durch 1000 zustehen („Mehrstimmrecht“), obwohl sie am Kapital der Beklagten nicht beteiligt ist. Der Kläger vertritt die Auffassung, dieses Mehrstimmrecht sei nicht zulässig und ein darauf beruhender Gesellschafterbeschluss sei unwirksam. Das LG hatte diese Bewertung geteilt.</p>
<p>43</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>A. Die Personengesellschaft</p> <p>III. Die KG</p> <p>3. Gesellschafterversammlung</p>	<p>OLG Karlsruhe v. 29.07.2014 - 4 U 24/14, ZIP 2014, 1929</p> <p>Entscheidung:</p> <p>Die Klausel im Gesellschaftsvertrag einer (Publikums-)KG, nach der der Komplementärin zusätzlich (zu den sich nach der Haftsumme richtenden Stimmen der Kommanditisten) Stimmen in Höhe von 20% der gezeichneten Haftsumme geteilt durch 1000 zustehen („Mehrstimmrecht“) ist auch dann nicht wegen Verstoßes gegen § 242 BGB unwirksam, wenn die Komplementärin eine umsatzabhängige Vergütung erhält und am Gewinn und Verlust der Gesellschaft nicht beteiligt ist.</p>
<p>44</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="text-align: center;">A.</p> <p style="text-align: center;">Die Personen- gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">3. Gesellschafter- versammlung</p>	<p>Beurkundungsbedürftigkeit des Zustimmungsbeschlusses bei einer Veräußerung des gesamten Vermögens einer PersG? OLG Düsseldorf v. 26.11.2015 – I-10 W 120/15, NZG 2016, 589</p> <p>Die beteiligte GmbH & Co. KG schloss einen Grundstückskaufvertrag vor dem beteiligten Notar. Das gegenständliche Grundstück war im Wesentlichen der einzige Vermögenswert der Gesellschaft. In dem beurkundeten Kaufvertrag wurde im Rahmen einer gesonderten Ziffer der Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung mit beurkundet. Die beteiligte Gesellschaft weigerte sich nach der Beurkundung, die in der Kostennote aufgeführten Gebühren für die Beurkundung des Zustimmungsbeschlusses zu tragen und stellte daraufhin einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung gem. § 127 Abs. 1 GNotKG.</p>
45	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="text-align: center;">A.</p> <p style="text-align: center;">Die Personen- gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">3. Gesellschafter- versammlung</p>	<p>OLG Düsseldorf v. 26.11.2015 – I-10 W 120/15, NZG 2016, 589 Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Keine Unrichtige Sachbehandlung i.S.d § 21 I 1 GNotKG bei Beurkundung des Zustimmungsbeschlusses der Gesellschafterversammlung einer KG, wenn Grundstück im Wesentlichen das einzige Vermögen der Gesellschaft darstellt ➤ Keine höchstrichterliche Klärung, ob Zustimmungsbeschluss analog § 179 a AktG beurkundungsbedürftig ➤ Unrichtige Beurteilung einer schwierigen, nicht höchstrichterlich abschließend geklärten Frage ≠ offen zu Tage tretender Verstoß gegen eindeutige Normen
46	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="text-align: center;">A. Die Personengesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">3. Gesellschafter- versammlungung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wichtige Frage für Praxis ➤ Grundstücke häufig durch „<i>special purpose vehicles</i>“/Objektgesellschaften in Rechtsform der KG gehalten, die ansonsten über kein nennenswertes Vermögen verfügt <p>Literatur</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Pro Beurkundung <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Herrmanns</i>, DNotZ 2013, 6, 9 ➤ Contra Beurkundung <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Burmeister/Schmidt-Hern</i>, NZG 2016, 580 ▪ <i>Leutner/Schlotter/Zätzsch</i>, 2015, § 4 Rn. 22 ▪ <i>Bredol/Natterer</i>, ZIP 2015, 1419, 1424 ▪ <i>Hüren</i>, RNotZ 2014, 77, 90 ▪ <i>Leitzen</i>, NZG 2012, 491, 494 ▪ <i>Stellmann/Stöckle</i>, WM 2011, 1983
47	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="text-align: center;">A. Die Personengesellschaft</p> <p style="text-align: center;">III. Die KG</p> <p style="text-align: center;">3. Gesellschafter- versammlungung</p>	<p>Rechtsprechung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ BGH, NJW 1995, 596 <ul style="list-style-type: none"> ▪ hat zwar Stellung genommen zur Zustimmungsbedürftigkeit gem. § 179a AktG auch bei PersG ▪ keine Aussage zur Formbedürftigkeit ➤ OLG Köln v. 04.09.2012 - 15 U 27/12, BeckRS 2015, 10785 <ul style="list-style-type: none"> ▪ nur Stellung genommen zur Mehrheit, die Beschluss erfordert ▪ keine Aussage zur Formbedürftigkeit ➤ h.M.: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beschluss erforderlich ▪ Keine Beurkundung ▪ Mehrheit: Zustimmung aller Gesellschafter <ul style="list-style-type: none"> - <i>Bredol/Natterer</i>, ZIP 2015, 1419, 1424; <i>Leitzen</i>, NZG 2012, 491, 494 ▪ str. § 311b Abs. 3 BGB
48	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p>
	<p>B. Aktuelles zur GmbH</p>
<p>49</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p>
	<p>I. Aktuelle Rechtsprechung u.a. zur Gründung und zum Geschäftsführer</p>
<p>50</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>1. Gründung</p>	<p>Gründung einer GmbH durch ausländischen Notar AG Berlin Charlottenburg v. 22.01.2016 – 99 AR 9466/15, GWR 2016, 96 (Berninger)</p> <p>Mit Anmeldung vom 09.09.2015 wurde die Gründung der „S GmbH“ zum Handelsregister angemeldet. Mit der Anmeldung eingereicht wurde eine mit Apostille versehene öffentliche Urkunde eines Schweizer Notars, der im Kanton Bern dienstansässig ist.</p> <p>Das Gericht hat die S GmbH darauf hingewiesen, dass es die Beurkundung der Gründung einer GmbH durch einen Schweizer Notar als nicht ausreichend erachtet, um die Form des § 2 Abs. 1 S. 1 GmbHG zu wahren.</p>
51	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>1. Gründung</p>	<p>Gründung einer GmbH durch ausländischen Notar AG Berlin Charlottenburg v. 22.1.2016 – 99 AR 9466/15, GWR 2016, 96 (Berninger)</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Beurkundung der Gründung einer deutschen GmbH durch Schweizer Notar genügt nicht der Form des § 2 I 1 GmbHG ➤ ausländischer Notar kann vom Gesetzgeber durch Anordnung der notariellen Beurkundung bezweckte materielle Richtigkeits-gewähr nicht gewährleisten ➤ Erfordernis der Beurkundung durch einen deutschen Notar stellt keinen Verstoß gegen die europäischen Grundfreiheiten dar.
52	01.12.2016

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>2. Vollmachts- bescheinigung</p>	<p>Vollmachtsbescheinigung bei HR-Anmeldung OLG Düsseldorf v. 30.03.2016 – I-3 Wx 54/16, NZG 2016, 665</p> <p>Bei Gründung der X-GmbH war nur einer der 4 Gter anwesend. Der Notar nahm Einsicht in die Vollmachtsurkunde und stellte eine Bescheinigung aus. Das AG erließ eine Zwischenverfügung des Inhalts, dass die ordnungsgem. Bevollmächtigung des Gründungs-Gters durch die weiteren Gter nicht durch Vorlage entspr. Vollmachtsurkunde nachgewiesen worden sei. Die Bescheinigung reiche als Nachweis nicht aus. Im Beschwerdeverfahren wurde die Vollmachtsurkunde nachgereicht.</p> <p>Auf Hinweis des Senats betreffend der Erledigung der Beschwerde, erklärt die X-GmbH das Beschwerdeverfahren für erledigt und beantragte, die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen.</p>
53	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>2. Vollmachts- bescheinigung</p>	<p>OLG Düsseldorf v. 30.03.2016 – I-3 Wx 54/16, NZG 2016, 665</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Nach Beseitigung des Eintragungshindernisses im Beschwerde-verfahren kann Beschwerdegericht gem. § 81 FamFG von Erhebung der Gerichtskosten (ganz oder teilweise) absehen, „<i>wenn es nach dem Verlauf oder dem Ausgang des Verfahrens unbillig erscheint, den Beteiligten mit den Gerichtskosten des Verfahrens zu belasten</i>“ ➤ Dies ist anzunehmen, wenn – wie hier – die angefochtene Zwischenverfügung keinen Bestand gehabt hätte und ➤ anderweitige Billigkeitsgesichtspunkte nicht ersichtlich sind
54	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>2. Vollmachts- bescheinigung</p>	<p>OLG Düsseldorf v. 30.03.2016 – I-3 Wx 54/16, NZG 2016, 665</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Gem. § 21 III BNotO ist vom Notar ausgestellte Bescheinigung über ordnungsgemäße Bevollmächtigung des Gründungsgesellschafters zum Nachweis der rechtsgeschäftlichen Vertretungsbefugnis bei Anmeldung ausreichend ➤ Vollmachtssurkunde der übrigen Gesellschafter muss nicht beigelegt werden
55	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>3. Jahresabschluss einer UG</p>	<p>Nichtoffenlegung des Jahresabschlusses einer UG (haftungsbeschränkt)</p> <p>OLG Köln v. 03.11.2015 - 28 Wx 12/15, ZIP 2016, 219</p> <p>Eine UG wendet sich gegen die Festsetzung eines Ordnungsgeldes von 2.500 € wegen Nichteinreichung der Rechnungsunterlagen 21012 beim elektronischen Bundesanzeiger.</p> <p>Die UG ist der Auffassung, dass die Anwendung der für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften der §§ 325, 335 HGB gegen den Grundsatz „nulla poena sine lege“ aus Art. 103 II GG verstoße.</p>
56	01.12.2016

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>3. Jahresabschluss einer UG</p>	<p>OLG Köln v. 03.11.2015 - 28 Wx 12/15, ZIP 2016, 219</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ auch gegen UG (haftungsbeschränkt) kann Ordnungsgeld verhängt werden kann, wenn sie ihren Jahresabschluss nicht offenlegt ➤ Nach Vorstellungen des historischen Gesetzgebers ist die UG nur schlichte Variante und Unterform der GmbH <ul style="list-style-type: none"> ▪ gerade keine eigene Rechtsform ➤ § 5a III GmbHG verweist ausdrücklich auf § 264 HGB ➤ eindeutig geregelt, dass "Kapitalgesellschaft" i.S.d. dortigen Regelungen gerade auch die UG (haftungsbeschränkt) als rechtliche Unterform der GmbH ist
<p>57</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>4. Streichung Gründungs Aufwand</p>	<p>Streichung der Festsetzung zum Gründungsaufwand in Satzung</p> <p>OLG Oldenburg v. 22.08.2016 – 12 W 121/16, ZIP 2016, 2118</p> <p>Die GmbH wurde am 13.03.2009 im HR eingetragen. Am 17.03.2016 haben die Gesellschafter eine Neufassung des GV beschlossen. Streitpunkt ist Streichung der bisher in der Satzung aufgeführten Angaben zu dem von der Gesellschaft zu tragenden Gründungsaufwand. Das RegGer hat die Streichung beanstandet. Diese könne frühestens 10 Jahre nach Eintragung erfolgen, was nicht der Fall sei. Die Satzungsänderung könne nicht eingetragen werden. Die GmbH meint, die Frist sei 5 Jahren und legte Beschwerde ein.</p>
<p>58</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>4. Streichung Gründungsaufwand</p>	<p>OLG Oldenburg v. 22.08.2016 – 12 W 121/16, ZIP 2016, 2118</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zwischenverfügung ist Antragsteller durch förmliche Zustellung gem. § 41 I 1 FamFG bekannt zu geben ➤ hierdurch wird Beschwerdefrist gem. § 63 III 1 FamFG in Lauf gesetzt ➤ Beanstandung der inhaltlichen Unzulässigkeit einer zur Eintragung angemeldeten Satzungsänderung = kein zulässiger Inhalt einer Zwischenverfügung gem. § 382 IV 4 FamFG ➤ Zulässigkeit der vollständigen Streichung der Festsetzungen des Gründungsaufwands beurteilt sich anhand analoger Anwendung von § 26 V AktG <ul style="list-style-type: none"> ▪ 10 Jahresfrist
<p>59</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>5. Durchsetzung Anmeldung der Änderung der Geschäftsanschrift durch Zwangsgeld</p>	<p>Durchsetzung der Anmeldung der Änderung einer inländischen Geschäftsanschrift durch Zwangsgeld</p> <p>KG v. 31.5.2016 – 22 W 17/16, NZG 2016, 866</p> <p>Die GmbH ist mit S-Str.. als inländische Geschäftsanschrift eingetragen. 2015 teilte das BfJ mit, dass die GmbH unter der Anschrift nicht erreichbar sei. Die Nachricht des AG hierauf konnte nicht zugestellt werden. Auch der GF konnte unter der für ihn vermerkten Anschrift nicht erreicht werden. Das AG drohte dem GF die Festsetzung eines Zwangs-geldes an, wenn nicht binnen 4 Wochen eine neue Geschäftsanschrift angemeldet sei. Nach Ablauf der Frist wurde das Zwangsgeld festgesetzt. Der GF trat dem entgegen und machte geltend, dass er sein Amt niedergelegt habe und schon länger in Schweden wohne. Das AG hat der Beschwerde nicht abgeholfen.</p>
<p>60</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>5. Durchsetzung Anmeldung der Änderung der Geschäftsanschrift durch Zwangsgeld</p>	<p>KG v. 31.5.2016 – 22 W 17/16, NZG 2016, 866</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Geschäftsanschrift kann mit Zwangsgeld durchgesetzt werden ➤ Festsetzung des Zwangsgeldes setzt ordnungsgemäßen Ablauf der in der Androhung nach § 388 I FamFG bestimmten Frist voraus ➤ Frist beginnt nur mit ordnungsgemäßer Zustellung der Androhung zu laufen
<p>61</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>6. Anteilsvereinigung</p>	<p>Anteilsvereinigung auch bei Erwerb eigener Anteile durch GmbH</p> <p>BFH, Ur. v. 20.01.2015 – II R 8/13, NZG 2015, 526</p> <p>Einer von zwei je zur 50 % an einer grundbesitzenden GmbH beteiligten Gtern verkaufte seinen Geschäftsanteil an die GmbH. Der Urkunde über den Anteilerwerb wurde durch den Notar nur an das FA gesandt, ohne darauf hinzuweisen, dass die Gesellschaft Grundbesitz hielt. Dies war auch der Vertragsurkunde nicht zu entnehmen. Nachdem die Grunderwerbsteuerstelle amtsintern Kenntnis von dem Vorgang erhalten hatte, wurde gegen den verbleibenden Gter aufgrund der Anteilsvereinigung Grunderwerbsteuer festgesetzt. Der Gter erhob hiergegen Einspruch. Darüber hinaus wurde der KV aufgehoben und der Anteil in zwei Anteile von jeweils 20.000 Euro und 5.000 Euro geteilt. Den Anteil in Höhe von 20.000 Euro verkaufte der Gter an die GmbH, den Anteil in Höhe von 5.000 Euro an die Ehefrau des verbleibenden Gters.</p>
<p>62</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>6. Anteilsvereinigung</p> <p>63</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BFH v. 20.1.2015 – II R 8/13, NZG 2015, 526</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ einzige verbleibende Gesellschafter einer grundbesitzenden GmbH verwirklicht TB der Anteilsvereinigung i. S. d. 1 III Nr. 1 GrEStG auch dann, wenn nicht er selbst, sondern die GmbH den Geschäftsanteil des anderen Gesellschafters kauft ➤ KV ist darauf gerichtet, dass verbleibende Gesellschafter eine dem zivilrechtlichen Eigentum an einem Grundstück vergleichbare Rechtszuständigkeit an dem Gesellschaftsgrundstück erwirbt <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>6. Anteilsvereinigung</p> <p>64</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BFH v. 20.1.2015 – II R 8/13, NZG 2015, 526</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ GmbH kann zivilr. eigene Anteile halten, § 33 II GmbHG, ist aber begrifflich keine von ihr selbst verschiedene Person ➤ Gesellschafter, der mindestens 95 % der nicht von der Kapitalgesellschaft selbst gehaltenen Anteile an dieser hält, beherrscht Vermögen der Gesellschaft in gleicher Weise, als ob Gesellschaft keine Anteile zustünden <ul style="list-style-type: none"> ▪ BFHE 243, 393 = BStBl. II 2014, 326 = DStR 2014, 265 Rn. 19 mwN. <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p style="text-align: center;">7. Bestellung des Geschäftsführers</p> <p style="text-align: right;">65</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Keine gemeinschaftliche Versicherung von GF OLG Frankfurt v. 04.02.2016 – 20 W 28/16, NZG 2016, 918</p> <p>Bei der Gründung bestellte der alleinige Gter A sich und B zu GF. Die Versicherung lautete auszugsweise: <i>„Wir versichern weiter, dass keine Umstände vorliegen, aufgrund deren wir nach § 6 2 2 Nr. 2 und 3 sowie S. 3 GmbHG von dem Amt als Geschäftsführer ausgeschlossen wären: Wir wurden niemals wegen ... verurteilt, uns ist weder durch gerichtliches Urteil noch durch vollziehbare Entscheidung einer Verwaltungsbehörde ... die Ausübung irgendeines Berufes ... untersagt. ...“</i></p> <p>Das RegGer hielt die Versicherung nicht für ausreichen, da sie von jedem Geschäftsführer einzeln für sich abzugeben sei und nicht wie vorliegend gemeinschaftlich.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p style="text-align: center;">7. Bestellung des Geschäftsführers</p> <p style="text-align: right;">66</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">OLG Frankfurt v. 04.02.2016 – 20 W 28/16, NZG 2016, 918 Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Versicherung nach § 8 GmbHG muss bei mehreren Geschäftsführern jeder Geschäftsführer ausdrücklich für sich abgeben <ul style="list-style-type: none"> ▪ Im Hinblick auf die den Einzelnen betreffenden Verurteilungen oder Untersagungsverfügungen ➤ „Wir“ lässt für RegGer nicht ohne Weiteres und mit notwendiger Klarheit erkennen, dass nicht nur gegen <ul style="list-style-type: none"> ▪ keinen der Beteiligten jeweils beide (gemeinsam), sondern ▪ auch keinen der Beteiligten möglicherweise jeweils nur einzeln keine Verurteilungen und Untersagungsverfügungen vorliegen <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>7. Bestellung des Geschäftsführers</p>	<p>Befreiung von Beschränkungen des § 181 BGB gilt nur bei satzungsmäßiger Regelung auch für den Liquidator OLG Köln v. 21.09.2016 – 2 Wx 377/16, GWR 2016, 442 (Brombach)</p> <p>Der Alleingesellschafter der GmbH hatte die Auflösung beschlossen, den bisherigen GF zum Liquidator bestellt und ihm Befreiung von § 181 BGB erteilt. Der GV der Gesellschaft sieht vor, dass durch Gesellschafterbeschluss allen oder einzelnen GF eine Befreiung vom Verbot des Selbstkontrahierens erteilt werden kann. Das RegGer wies die Anmeldung zurück. Der GV der GmbH enthalte weder eine generelle Befreiung des Liquidators von § 181 BGB noch eine Ermächtigung, nach der die Gesellschafter dem Liquidator im Einzelfall durch Beschluss eine entsprechende Befreiung erteilen können.</p>
67	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>I. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>7. Bestellung des Geschäftsführers</p>	<p>OLG Köln v. 21.09.2016 – 2 Wx 377/16, GWR 2016, 442 (Brombach)</p> <p>Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die gesellschaftsvertragliche Regelung über die Befreiung der GmbH-Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB lässt sich nicht auf den (geborenen) Liquidator erstrecken. ➤ Die Regelungen des Gesellschaftsvertrages hinsichtlich der Geschäftsführung lassen sich auch dann nicht auf die Liquidation übertragen, wenn die bisherigen Geschäftsführer als geborene Liquidatoren tätig werden.
68	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<h2 style="color: red;">II. Neues zur Kapitalaufbringung</h2>	
69	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="color: red; text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="color: red; text-align: center;">II. Kapital- aufbringung</p> <p style="color: red; text-align: center;">1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>Schranken bei der Übernahme von Gründungskosten gem. § 26 II AktG analog</p> <p>OLG Celle v. 22.10.2014 - 9 W 124/14, GmbHR 2015, 139 (mit Anm. Wachter); Cramer, NZG 2015, 373</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Schranken ergeben sich aus dem Gläubigerschutz dienenden Grds der Kapitalaufbringung (§ 30 GmbHG) ➤ § 26 II AktG dient nicht Gläubigerschutz, weshalb auch formrichtige Übertragung keine Aussage über Angemessenheit trifft <ul style="list-style-type: none"> ▪ Praxis 10 % des Stammkapitals ist zulässig ▪ keine ausdrückliche Obergrenze im Gesetze ▪ ABER: das bedeutet nicht, dass es keine Obergrenze gibt, wie sich aus Musterprotokollgründung für UG (haftungsbeschränkt) ergibt (300 EUR) ▪ 60% des Stammkap erhebl Eingriff in § 30 GmbHG ▪ Auch bei Formwechsel keine Besonderheiten
70	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>Gründungskosten einer UG (haftungsbeschränkt) in Höhe des Stammkapitals</p> <p>KG v. 31.7.2015 – 22 W 67/14, ZIP 2015, 1923</p> <p>Eine UG war mit einem Stammkapital von 1.000 € errichtet worden. Laut GV trug die UG die Gründungskosten ebenfalls bis zu einem Betrag von 1.000 €. Auf den Eintragungs-antrag der Geschäftsführung erließ das AG Charlottenburg eine Zwischenverfügung, die Gesellschaft könne wegen § 26 II AktG keine Gründungskosten im Umfang von 100 % des Stammkapitals tragen und die Übernahme sei auf einen Betrag von 300 € zu begrenzen.</p> <p>Die Geschäftsführung wandte in ihrer Beschwerde gegen die Zwischenverfügung ein, die Gründungskosten müssten nur tatsächlich angefallen sein und dürften das Stammkapital der Gesellschaft nicht überschreiten.</p>
<p>71</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>KG v. 31.7.2015 – 22 W 67/14, ZIP 2015, 1923</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Entsprechung Gründungsaufwand und Stammkapital bedeutet keine Verletzung des § 26 II AktG analog bei Gründung mit GV ➤ Durch Deckelung auf Höhe des Stammkapitals wird verhindert, dass UG (haftungsbeschränkt) allein aufgrund des Gründungsaufwands bilanziell überschuldet ist ➤ Gläubiger ausreichend durch Firmierung „UG (haftungsbeschränkt)“ geschützt ➤ Einsichtnahme in GV möglich, um Stammkapitalhöhe zu erfahren
<p>72</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>Konkrete Nennung der Gründungskosten OLG Celle v. 11.2.2016 – 9 W 10/16, NZG 2016, 586</p> <p>Die Eintragung einer GmbH wurde mit Hinweis auf Regelung der Satzung zu Gründungskosten verweigert. Diese lautete: „Die Kosten der Gründung der Gesellschaft trägt die Gesellschaft.“ Die Klausel wurde daraufhin geändert in: „Die Kosten der Gründung der Gesellschaft bis zu einem Betrag von 3.000 € trägt die Gesellschaft.“</p> <p>Auch dies hielt das RegGer nicht für ausreichend und verlangte eine namentliche Nennung der Gründungskosten im GV.</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden, wenn Registergericht namentliche Nennung derjenigen Gründungskosten verlangt, die Gesellschaft tragen soll
73	01.12.2016

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>Keine Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters für Einlageschuld eines Mitgesellschafters, die erst nach Ausscheiden aus Gesellschaft fällig BGH v. 19.05.2015 – II ZR 291/14, DStR 2015, 1983</p> <p>Der Bekl. sowie sein ehem. Mitges. C.S. waren Gründungsgesellschafter der p. GmbH. Der Bekl. hielt einen voll eingezahlten Anteil von 2.500 €. C.S. hielt restlichen Geschäftsanteil von 22.500 € auf den er 11.250 € einzahlte. Der Bekl. übertrug seinen Anteil für einen symbolischen Euro auf Mitgesellschafter. 22 Monate später wurde ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der p. GmbH eröffnet. Nach ergebnisloser Aufforderung zur Einzahlung des restlichen Betrages auf den Geschäftsanteil durch den Insolvenzverwalter an C.S. wurde dessen Anteil kaduziert. Die Zwangsvollstreckung ins Privatvermögen des C.S. war erfolglos. Insolvenzverwalter forderte 2011 die ausstehende Einlage des C.S. vom Beklagten. Die Vorinstanzen lehnten die Klage über 11.250 € zu Lasten des Beklagten.</p>
74	01.12.2016

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>BGH v. 19.05.2015 – II ZR 291/14, DSr 2015, 1983 Entscheidung:</p> <p>Ein Gesellschafter, der vor Fälligkeit der Einlageschuld auf den Geschäftsanteil eines Mitgesellschafters aus der Gesellschaft ausgeschieden ist, haftet, soweit die (später fällig gewordene und nicht erfüllte) Stammeinlage auf den Geschäftsanteil des Mitgesellschafters nach dessen Ausschluss im Wege der Kaduzierung weder von den Zahlungspflichtigen noch durch Verkauf des Geschäftsanteils gedeckt werden kann, grundsätzlich für diese Fehlbeträge nicht.</p> <p>Dies gilt auch, wenn er durch Übertragung seines Geschäftsanteils auf den später mit seinem eigenen Geschäftsanteil kaduzierten Mitgesellschafter aus der Gesellschaft ausgeschieden ist.</p>
75	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>Verdeckte Sacheinlage durch Tilgung einer Altforderung des Gesellschafters</p> <p>BGH v. 19.1.2016 - II ZR 61/15, DNotI-Report 2016, 66</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine verdeckte Sacheinlage einer Altforderung des Gesellschafters liegt sowohl dann vor, wenn erst die geschuldete Bareinlage eingezahlt und sodann zur Tilgung der Gesellschafterforderung zurückgezahlt wird, als auch dann, wenn in umgekehrter Reihenfolge erst die Gesellschafterforderung getilgt und der erhaltene Betrag sodann ganz oder teilweise als Bareinlage zurückgezahlt wird. (amtlicher Leitsatz) 2. Die Leistung der baren Einlage vor Entstehung der Einlageverpflichtung durch die Übernahmevereinbarung im Zusammenhang mit dem Kapitalerhöhungsbeschluss ist nur schuldtilgend, wenn der eingezahlte Betrag zu diesem Zeitpunkt noch als solcher im Gesellschaftsvermögen zweifelsfrei vorhanden ist (Tz. 18). (Leitsatz der DNotI-Redaktion)
76	01.12.2016



<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>GmbH-Gründung durch Mischeinlage OLG Celle v. 5.1.2016 – 9 W 150/15, NZG 2016, 300</p> <p>Bei der Gründung der X-GmbH übernahm eine Gesellschafterin einen Anteil von 15.000 EUR des Stammkapitals. Dabei verpflichtete sie sich zur Einbringung eines PKWs im Wert von 9.725 EUR. Das Registergericht hat die Eintragung der GmbH abgelehnt, da die Voraussetzungen der §§ 7 Abs. 2, 3 und 19 Abs. 2 S. 1 GmbHG nicht eingehalten worden seien. Es sei eine Änderung des Gesellschaftsvertrags erforderlich. Die Kapitalaufbringungspflichten der Gesellschafterin sei nicht dadurch erfüllt, dass sie den PKW im Wert von 9.725 EUR an die GmbH übereignet habe.</p>
77	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>1. Aktuelle Rechtsprechung</p>	<p>OLG Celle v. 05.01.2016 – 9 W 150/15, NZG 2016, 300 Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Versprechen des Gesellschafters bei Gründung auf übernommenen Anteil (15.000 €) einen PKW (9.725 €) zu übereignen = Mischeinlage ➤ Lösung <ul style="list-style-type: none"> ▪ vor Eintragung Übereignung des PKWs ▪ ¼ Einzahlung auf Bareinlagepflicht ➤ Enthält GV neben der Übereignung des PKW keine Verpflichtung zur Bareinlage = gem. § 19 II GmbHG unzulässige Befreiung von der Pflicht des 7 II 1 GmbHG
78	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>2. Sachagio</p> <p>79</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Ausgangsfall</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kleine Barkapitalerhöhung (1.000 €) kombiniert mit Sachagio von hohem Wert <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hier GmbH-Geschäftsanteile ▪ Häufig Einzelunternehmen ➤ Zielrichtung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Steuerliche Buchwertfortführung ▪ Vermeidung der Nachhaftung nach §§ 152, 133 UmwG ▪ Keine Sacheinlage in UG (haftungsbeschränkt) ▪ Kein Wertnachweis an Handelsregister <p>01.12.2016</p>
---	--

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>2. Sachagio</p> <p>80</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Ausgangslage</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ BFH erkennt bei Sachagio Buchwertfortführung an <ul style="list-style-type: none"> ▪ UmwStErlass: § 20 UmwStG (+) ▪ Wohl auch § 21 UmwStG (+) → Geschäftsanteile ➤ Offene Fragen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Werthaltigkeitskontrolle durch Handelsregister ▪ Verstoß gegen Kapitalaufbringung (Vorbelastungshaftung; verdeckte Sacheinlage; Einlagenrückgewähr Abs. 5; Differenzhaftung) <p>01.12.2016</p>
---	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>2. Sachagio</p> <p>81</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Alternativen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Offene Sachgründung/Sachkapitalerhöhung mit gemischter Sacheinlage <ul style="list-style-type: none"> ➤ Registerkontrolle streitig ➤ Jedenfalls (+) wenn Gegenleistung ➤ Stufengründung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bargründung mit späterer Sachkapitalerhöhung ▪ Registerkontrolle bei Kapitalerhöhung ➤ Verschleierte offene Sacheinlage <ul style="list-style-type: none"> ▪ AG-Gründung: Sachübernahme ▪ Bei unteilbarer Leistungen Sacheinlagevorschriften <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>2. Sachagio</p> <p>82</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Verdeckte Sacheinlage § 19 Abs. 4 GmbHG</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Sachagio ohne Gegenleistung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Negativer Wert zehrt Bareinlage auf ? ▪ GmbH-GA  Einzelunternehmen ▪ Übernahme von Verbindlichkeiten des Inferenten <ul style="list-style-type: none"> - Erwerb mit Tilgung von Drittverbindlichkeiten des Inferenten statt Kaufpreiszahlung - Erwerb gegen Übernahme von Verbindlichkeiten - Sachagio gegen Übernahme von Verbindlichkeiten ▪ Greift auch bei positivem Wert des Sacheinlagegegenstandes ▪ Zwar Wertanrechnung (§ 19 Abs. 4 S. 3 GmbHG) Aber strafbewehrt falsche Versicherung bleibt <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>2. Sachagio</p>	<p>Unterbilanzhaftung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Sachagio mit positivem Wert unverdächtig ➤ Sachagio mit negativem Wert wirkt wie Verlustgeschäft der Vor-GmbH ➤ Nur relevant bei Gründung ➤ Unterbilanzhaftung bei der Gründung nicht auf Höhe der Bareinlage beschränkt ➤ Vgl. OLG Karlsruhe: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorbelastungshaftung geprüft aber wegen positivem Wert verworfen ▪ Fall des verdeckten Agios ohne Gegenleistung ▪ vSE mE vorschnell abgelehnt w/ unentgeltlich
<p>83</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>2. Sachagio</p>	<p>Versicherung des GF</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei verdeckter Sacheinlage und Einlagenrückgewähr strafbewehrt falsch ➤ Angaben zur etwaigen Vorbelastung erforderlich <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bei negativem Sachagiowert mE Versicherung falsch ▪ Auch bei positivem Wert Angaben über wertgleiche Deckung erforderlich ▪ Nur bei Gründung relevant
<p>84</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">II. Kapital- aufbringung</p> <p style="text-align: center;">2. Sachagio</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">85</p>	<p style="text-align: right; font-size: small;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Kapitalerhaltung nach §§ 30 ff GmbHG</p> <p>➤ BGH (AdCoCom) zur verdeckten gemischten Sacheinlage:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kapitalerhaltung neben Kapitalaufbringung relevant ▪ Nur bei Kapitalerhöhung relevant <ul style="list-style-type: none"> - Bei Gründung Unterbilanzhaftung ▪ Bei Übernahme von mehr Verbindlichkeiten als Wert des Sachagios und Bareinlage zusammen <p style="text-align: right; font-size: small;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">II. Kapital- aufbringung</p> <p style="text-align: center;">2. Sachagio</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">86</p>	<p style="text-align: right; font-size: small;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Registerprüfung und Wertnachweis</p> <p>➤ Bei Verdacht auf vSE oder Hin- und Herzahlen</p> <p>➤ Bei gemischter Sacheinlage</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Agio gegen Vergütung (+) ▪ Bei Einstellen in die Kapitalrücklage <ul style="list-style-type: none"> - Irreführung des Verkehrs über Dotierung der Kapitalrücklage (Habersack/Veil) - (Wicke) immer Prüfung, da Ausschüttung möglich <p>➤ BarKE mit Sachagio</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ ME Prüfungsrecht wie bei gemischter Sacheinlage ▪ Zusätzlich bei Gefahr eines negativen Wertes <ul style="list-style-type: none"> - Unterbilanzhaftung (Gründung) - Differenzhaftung (Kapitalerhöhung) <p style="text-align: right; font-size: small;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p>
<p>B. GmbH</p> <p>II. Kapital- aufbringung</p> <p>2. Sachagio</p>	<p>Ergebnis</p> <ul style="list-style-type: none">➤ GmbH-GA eher unproblematisch<ul style="list-style-type: none">▪ Keine Verbindlichkeiten übernommen▪ Kein negativer Wert▪ Keine Registerkontrolle➤ Einzelunternehmen<ul style="list-style-type: none">▪ Verdeckte Sacheinlage▪ Unterbilanzhaftung▪ Prüfungsrecht des HR und Wertnachweis
<p>87</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p>
	<p>III. Haftungsfallen bei Einziehung und Abfindung</p>
<p>88</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>2. Konvergenzgebot</p>	<p>BGH v. 2.12.2014 – II ZR 322/14 keine Nichtigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Praxisfreundlich ▪ Keine Notwendigkeit <ul style="list-style-type: none"> - Wortlaut; systematische Stellung; Gläubigerschutz; Minderheitenschutz usw. ▪ Regierungsbegründung nicht ernst genommen ▪ Offen: <ul style="list-style-type: none"> - wann und wie anpassen - Gesellschaftsrechte in der Zwischenzeit
89	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>2. Konvergenzgebot</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Satzungsregelungen möglich ➤ Grenzen der Beschränkung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einseitig zu Lasten von Gläubigern ▪ > 50 % Verkehrswert ▪ Buchwertklauseln kritisch ▪ Stuttgarter Verfahren ungeeignet ▪ Zahlungsstreckung > 5-10 Jahre ➤ Ursprüngliche Missverhältnis <ul style="list-style-type: none"> ▪ ⇔ Nichtigkeit, Verkehrswert ➤ Nachträgliches Missverhältnis <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausübungskontrolle/angemessene Höhe ➤ Abfindungsausschluss <ul style="list-style-type: none"> ▪ BGH 2014: ▪ Tod; Mitarbeitermodell; ideelle Zwecke; nicht grobe Pflichtverletzung
90	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>2. Konvergenzgebot</p>	<p>Persönliche Haftung der Gesellschafter nach Einziehung BGH v. 10.05.2016 - II ZR 342/14, NZG 2016, 742</p> <p>Die GterV der E-GmbH beschloss 2008 mit Zustimmung des Kl., dessen Anteil einzuziehen. Im GV ist vorgesehen, dass Anteile mit Zustimmung eingezogen werden können. Es ist geregelt, dass der Gter mit Zugang des Beschlusses ausscheidet. Laut GV soll die Abfindung in 3 gleichen Jahresraten zu zahlen sein, beginnend 6 Monate nach Stichtag des Ausscheidens. Diese Abfindung i.H.v. jeweils 300.000 € wurde dem Kl. auch zuerkannt. Bei anstehender Zahlung der dritten Rate teilte ihm die GmbH mit, dass sie dazu wegen bilanzieller Überschuldung nicht in der Lage sei. Auf Eigenantrag wurde 2010 das InsolvenzV eröffnet. Der Kl. verlangt von den Bekl. als Gesamtschuldner 300.000 € nebst Zinsen.</p>
<p>91</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>2. Konvergenzgebot</p>	<p>BGH v. 10.05.2016 - II ZR 342/14, NZG 2016, 742 Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die persönliche Haftung der Gesellschafter nach den Grundsätzen des Senatsurteils vom 24.01.2012 (II ZR 109/11, BGHZ 192, 236) entsteht weder bereits mit der Fassung des Einziehungsbeschlusses noch allein aufgrund des Umstands, dass die Gesellschaft später zum Zeitpunkt der Fälligkeit gemäß § 34 III, § 30 I GmbHG an der Zahlung der Abfindung gehindert ist oder sie unter Berufung auf dieses Hindernis verweigert. ➤ Die persönliche Haftung der Gesellschafter entsteht erst in dem Zeitpunkt, ab dem die Fortsetzung der Gesellschaft unter Verzicht auf Maßnahmen zur Befriedigung des Abfindungsanspruchs des ausgeschiedenen Gesellschafters als treuwidrig anzusehen ist.
<p>92</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>2. Konvergenzgebot</p>	<p>BGH v. 10.05.2016 - II ZR 342/14, NZG 2016, 742</p> <p>Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Liegen die Voraussetzungen für die Annahme eines treuwidrigen Verhaltens vor, so haften die Gesellschafter auch dann, wenn die Einziehung nicht gegen den Willen des betroffenen Gesellschafters, sondern mit seiner Zustimmung erfolgt. ➤ Eine Haftung der verbliebenen Gesellschafter entsteht grundsätzlich dann nicht zwingend, wenn im Zeitpunkt der Fälligkeit der Abfindung oder danach über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Gesellschaft jedenfalls insolvenzreif ist und die Antragstellung nicht treuwidrig verzögert wird.
93	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>2. Konvergenzgebot</p>	<p>Ersatzloser Untergang eines Geschäftsanteils mit Einziehung</p> <p>OLG Dresden v. 28.10.2015 – 13 U 788/15, ZIP 2016, 720</p> <p>Die GesellschafterV beschloss im 1. Schritt die zwangsweise Einziehung des Anteils eines Gters. Das Vorliegen des Einziehungsgrundes war unstrittig. In der Versammlung waren alle Gter und Gf anwesend. Danach wurde beschlossen, den eingezogenen Anteil zu teilen und an neue Gter „zuzuweisen“. Gegenstand des Streits war die Wirksamkeit des Teilungs- und Zuweisungs-beschlusses. Der klagende Gter machte geltend, dass die Einziehung des Anteils dessen sofortigen Untergang zur Folge gehabt habe, so dass eine spätere Teilung und Zuweisung ins Leere gegangen sei. Die GmbH war der Auffassung, der Anteil sei zunächst den anderen Gtern angewachsen und erst dann dem neuen Gter zugewiesen worden sei. Die Durchführung der Einziehung sei aufgrund der Satzungsregelung in 2 Stufen erfolgt, so dass die Wirksamkeit der Einziehung nicht schon mit dem Beschluss eingetreten sei.</p>
94	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>2. Konvergenzgebot</p>	<p>OLG Dresden v. 28.10.2015 – 13 U 788/15, ZIP 2016, 720 Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Mit dem Wirksamwerden der Einziehung geht Geschäftsanteil ersatzlos unter ➤ Geschäftsanteil wird durch Einziehung vernichtet ➤ Einziehung wird mit Bekanntgabe des Beschlusses an betroffenen Gesellschafter sofort wirksam ➤ keine gesonderte Mitteilung nötig, wenn Gesellschafter bei Beschlussfassung anwesend
<p>95</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>3. Regelung der Abfindung</p>	<p>Abfindungsbeschränkung bei der Mitarbeiterbeteiligung dienenden stillen Gesellschaften</p> <p>LAG Rheinland-Pfalz v. 21.08.2014 - 5 Sa 110/14, juris</p> <p><i>„Falls der stille Gesellschafter das Gesellschaftsverhältnis oder sein Arbeitsverhältnis bei der GmbH (...) ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes in der Sphäre der GmbH kündigt oder falls sein Arbeitsverhältnis durch die GmbH wegen eines verhaltensbedingten wichtigen Grundes des stillen Gesellschafters gekündigt wird, erhält der stille Gesellschafter als Abfindung den Nominalbetrag seiner Einlage zuzüglich einer Verzinsung von 2 % über dem zum 01. Januar eines Vertragsjahres maßgebenden Basiszinssatz aber abzüglich der bis dahin erhaltenen Gewinnanteile und abzüglich etwaiger Verluste, soweit diese nicht durch spätere Gewinne ausgeglichen werden.</i></p> <p><i>Im Übrigen steht dem stillen Gesellschafter (oder seinen Erben) eine Abfindung entsprechend dem Wert seiner Beteiligung am Beendigungstichtag zu.“</i></p>
<p>96</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>3. Regelung der Abfindung</p> <p>97</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>LAG Rheinland-Pfalz v. 21.08.2014 - 5 Sa 110/14, juris</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Verletzung von § 622 Abs. 6 BGB: Vertrag darf keine ungleiche Kündigungslage zum Nachteil des ANs schaffen, diesem insb. keinen einseitigen Vermögensnachteil für den Fall einer von ihm erklärten Kündigung aufbürden ➤ Verletzung von § 723 Abs. 3 BGB: Kündigungsrecht des Gesellschafters darf nicht unzumutbar gemacht werden ➤ Bei vorformulierten Verträgen mit mehreren AN § 307 Abs. 1 BGB maßgebend <ul style="list-style-type: none"> - Erhebliche Belastung des ord. Kündigungsrechtes, wenn dem AN erhaltene Gewinnausschüttungen bis zum Nominalbetrag der geleisteten Einlage abgezogen werden - Bindungsdauer bis zum 63. Lebensjahr kein billigenwertes Interesse des Arbeitgebers - Gestaltungen zur langfristigen Mitarbeiterbindung dürfen keinen Bleibedruck erzeugen <p>01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>3. Regelung der Abfindung</p> <p>98</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>LAG Rheinland-Pfalz v. 21.08.2014 - 5 Sa 110/14, juris</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei vorformulierten Verträgen mit mehreren AN § 307 Abs. 1 BGB maßgebend <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsgedanke des § 723 Abs. 1 BGB: Minderung des Gewinns des AN um geleistete Einlage ist nicht begründete und billigenwertes Interessen des Arbeitgebers gerechtfertigt ▪ Je höher die geleistete Einlage und je höher die ausgeschütteten Gewinnanteile, umso größer wird Druck auf stillen Gesellschafter (AN), Arbeitsverhältnis nicht vor dem 63. LJahr zu kündigen <p>01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>4. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>99</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Schenkung an GmbH bei Ausscheiden aus einer WP-Gesellschaft zum Nennwert (sog. Managermodell)? BFH v. 4.3.2015 – II R 51/13, NZG 2015, 764</p> <p>Die Kl. ist eine Wirtschaftsprüfungs-GmbH. Die Gesellschafter hatten einen Poolvertrag abgeschlossen, in dem u.a. vereinbart wurde, dass die Gesellschafter ab einer bestimmten Altersgrenze ihren jeweiligen Anteil zum nominellen Wert an einen Treuhänder verkaufen. Dieser hält den Anteil nach außen im eigenen Namen, im Innenverhältnis aber für die verbleibenden Gter. Der Treuhänder bekommt von den Gesellschaftern den Kaufpreis zur Verfügung gestellt. Der Gesellschafter X übertrug seinen Anteil von 50.000 € für 50.000 € auf den Treuhänder. Das FA ging von der Schenkungs-steuerpflicht dieser Übertragung nach § 7 VII 1 ErbStG auf der Ebene der Kläger aus, und setzte gegen diese Schenkungsteuer fest. Das FG Düsseldorf gab der Klage statt, da der Tatbestand des § 7 VII 1 ErbStG nicht verwirklicht sei, und hob den Steuerbescheid auf.</p> <p>01.12.2016</p>
---	--

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>III. Einziehung und Abfindung</p> <p>4. Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>100</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BFH v. 04.03.2015 – II R 51/13, NZG 2015, 764 Entscheidung:</p> <p>Leitsatz:</p> <p>Vereinbaren die Gesellschafter einer GmbH, dass sie beim Erreichen einer bestimmten Altersgrenze ihren Geschäftsanteil zum Nominalwert an einen Treuhänder verkaufen, der den Geschäftsanteil nach außen im eigenen Namen, im Innenverhältnis aber für die verbleibenden Gesellschafter erwirbt und hält und von diesen Gesellschaftern auch den Kaufpreis zur Verfügung gestellt bekommt, so ist jedenfalls nicht die GmbH Erwerblerin i.S.d. § 20 I 1 iVm § 7 VII 1 ErbStG.</p> <p>01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<h2 style="color: red;">IV. Aktuelles zur Gesellschafterliste</h2>	
<p>101</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="color: red;">B. GmbH</p> <p style="color: red;">IV. Gesellschafterliste</p> <p style="color: red;">3. Korrektur</p>	<p style="color: red;">Keine Löschung einer im Registerordner des Handelsregisters aufgenommenen Gesellschafterliste</p> <p style="color: red;">KG v. 05.07.2016 – 22 W 114/15, ZIP 2016, 1383</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Löschung einer in Registerordner des HR aufgenommenen Liste nicht gesetzlich vorgesehen ➤ § 395 FamFG weder direkt noch analog anwendbar <ul style="list-style-type: none"> ▪ RegGer kann Eintragung von Amts wegen dann löschen, wenn sie wegen Mangels einer wesentlichen Voraussetzung unzulässig ist ▪ Aufnahme der Liste in den Registerordner ≠ HR-Eintragung i. S. d. § 395 FamFG
<p>102</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p>	<p>KG v. 05.07.2016 – 22 W 114/15, ZIP 2016, 1383 (n. rkr)</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei Liste gilt nicht der allg. Grundsatz, nachdem das HR für Richtigkeit der Eintragungen zu sorgen hat ➤ Liste ist Registerordner zuzuordnen, weil aufgrund gesetzlichen Verpflichtung eingereicht werden müsse ➤ Liste wird von GmbH privat geführt und nach Aufnahme Registerordner nur sicher „verwahrt“
<p>103</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p>	<p>Einstweiliger Rechtsschutz gegen falsche Liste der Gesellschafter</p> <p>OLG Nürnberg v. 19.8.2014 – 12 W 1568/14, NZG 2014, 1347</p> <p>Der Antragsteller, der im Rahmen der durch ihn ausgeübten Nachlasspflege auch die Beteiligung an einer GmbH verwaltet, reichte im Jahr 2010 eine Gesellschafterliste ein. Ende 2012 wurde eine Liste zum Handelsregister eingereicht, in der der Antragsgegner anstelle des Nachlasses als Gesellschafter eingetragen war. Hiervon erfuhr der Antragsteller zufällig im Mai 2014. Der Antragsteller beantragte daraufhin im Wege der einstweiligen Verfügung, dass der Eintragung des Antragsgegners in der Gesellschafterliste zugunsten des Antragstellers ein Widerspruch zugeordnet wird.</p>
<p>104</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p> <p>105</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Nürnberg v. 19.08.2014 – 12 W 1568/14, NZG 2014, 1347</p> <p>Entscheidung:</p> <p>Leitsatz:</p> <p>Vor Ablauf der 3-Jahres-Frist des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG setzt die Zuordnung eines Widerspruchs gegen die Gesellschafterliste im Wege der einstweiligen Verfügung Sachvortrag zur konkreten Gefahr eines gutgläubigen Erwerbs voraus. Die abstrakte, durch Unrichtigkeit der Gesellschafterliste begründete Gefahr eines gutgläubigen Erwerbs nach Ablauf der 3-Jahres-Frist reicht hierfür (noch) nicht aus.</p> <p>01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p> <p>106</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Kein vorläufiger Rechtsschutz zur Erzwingung der Einreichung einer bestimmten Gesellschafterliste</p> <p>KG v. 10.12.2015 – 23 U 99/15, ZIP 2016, 1166</p> <p>Auf Gter-Versammlungen der X-GmbH, zu denen der zuvor schon abberufene GF eingeladen hatte, wurde in Abwesenheit des Verfügungskl. die Einziehung seiner Anteile beschlossen. Der Notar reichte daraufhin eine neue Liste ein, die Verfügungskl. nicht mehr als Gter ausweist. Auf Antrag des Verfügungskl. hat das LG Berlin angeordnet, dass der Liste ein Widerspruch zugeordnet wird. Auf weiteren Antrag des Verfügungskl. hat das LG Berlin dem Verfügungsbekl. aufgegeben, eine vom Verfügungskl. für richtig gehaltene Liste, die ihn weiterhin als Gesellschafter ausweist, einzureichen und den Verfügungskl. einstweilen als Gter zu behandeln. Das LG Berlin hat diese einstweilige Verfügung im Widerspruchsverfahren bestätigt. Hiergegen richtet sich die Berufung der Verfügungsbekl.</p> <p>01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p> <p style="text-align: right;">107</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>KG v. 10.12.2015 – 23 U 99/15, ZIP 2016, 1166</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einreichung einer bestimmten Gesellschafterliste kann nicht im vorläufigen Rechtsschutzverfahren erzwungen werden ➤ Vorl. Anordnung, Gesellschafter nach Beschluss über Einziehung seiner Geschäftsanteile einstweilen weiterhin als Gesellschafter zu behandeln, nur zulässig, wenn <ul style="list-style-type: none"> ▪ sehr hohe Wahrscheinlichkeit für Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit des Beschlusses besteht und ▪ wenn konkrete nicht wiedergutzumachende Nachteile glaubhaft gemacht sind <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p> <p style="text-align: right;">108</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Personen, die in der Gesellschafterliste eingetragen sind, gelten auch dann gegenüber der GmbH als Gesellschafter, wenn sie aufgrund einer Satzungsbestimmung bereits ausgeschieden wären</p> <p>OLG Düsseldorf v. 24.06.2016 – I-16 U 74/15, GWR 2016, 486</p> <p>Sachverhalt:</p> <p>Der Kläger ist Gesellschafter der beklagten GmbH. Laut Satzung scheidet jeder Gesellschafter, der die Gesellschaft fristgerecht kündigt, aus der Gesellschaft aus und muss seinen Anteil an den/die verbleibenden Gesellschafter abtreten. Der Kläger hatte die Gesellschaft fristgerecht gekündigt. Da man sich aber nicht über die Höhe des Abfindungsanspruchs einigen konnte, widersprach der Kläger der Berichtigung der Gesellschafterliste. Gleichwohl wurde er nicht zur nächsten Gesellschafterversammlung geladen. Den in dieser GV gefassten Beschluss greift der Kläger mit seiner Klage an, mit der Begründung, er hätte geladen werden müssen, da er noch in der Gesellschafterliste verzeichnet sei. Das LG hatte die Klage abgewiesen, da der Kläger der Berichtigung der Gesellschafterliste hätte nicht widersprechen dürfen.</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p> <p style="text-align: right;">109</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Personen, die in der Gesellschafterliste eingetragen sind, gelten auch dann gegenüber der GmbH als Gesellschafter, wenn sie aufgrund einer Satzungsbestimmung bereits ausgeschieden wären</p> <p>OLG Düsseldorf v. 24.06.2016 – I-16 U 74/15, GWR 2016, 486</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das OLG gab dem Kläger recht. ➤ Er sei aktivlegitimiert, da nach wie vor in der Gesellschafterliste eingetragen sei, § 16 GmbHG. ➤ Er sei berechtigt gewesen, an der Gesellschafterversammlung teilzunehmen. ➤ Vorbezeichnete Satzungsbestimmung ändere an dieser Rechtslage nichts. ➤ Die Berufung auf § 16 Abs. 1 Satz 1 GmbHG sei auch nicht rechtsmissbräuchlich, wie von der Vorinstanz behauptet. <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p> <p style="text-align: right;">110</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Berichtigung der Liste durch Notar</p> <p>LG Berlin v. 13.08.2015 - 84 T 132/14, notar 2016, 125</p> <p>Der Notar bat daraufhin, der Liste einen Widerspruch zuzuordnen. Die wies das RegGer zurück, da keine eV oder Bewilligung der K-GmbH vorliege.</p> <p>Sodann kündigte der Notar im Wege eines Vorbescheids an, eine geänderte Liste beim HR einzureichen, wenn gegen den Vorbescheid nicht Notarbeschwerde erhoben werde. Zur Begründung führte er aus, er hielte die Liste nach nochmaliger Prüfung für unrichtig. Nach Schweizer Recht werde eine AG von Amts wegen gelöscht, wenn das Konkursverfahren mangels Masse zwar eröffnet, aber wieder eingestellt werde. Käme jedoch nachträglich unverwertetes Vermögen zum Vorschein, werde die AG auf Antrag wieder eingetragen und ihre Organe wieder handlungsfähig. Die gelöschte Lam-AG wurde in der Folge wieder im HR eingetragen.</p> <p>Die K-GmbH legte Notarbeschwerde ein.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>3. Korrektur</p> <p>111</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>LG Berlin v. 13.08.2015 - 84 T 132/14, notar 2016, 125</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Notar ist zur Korrektur der Liste berechtigt und verpflichtet, wenn ihm Fehlbeurteilung unterlaufen ist und Liste dadurch unrichtig ist ➤ BGH v. 17.12.2013 – II ZR 21/12 stehe dem nicht entgegen, da es dort um Frage geht, ob der Geschäftsführer einer GmbHG zur Korrektur einer falschen Notarliste befugt ist ➤ Hier war Liste von vorneherein falsch, da keine Rechtsgrundlage für Urkunde vorhanden ➤ „Anwachsung/Einziehung“ war nicht im GV vorgesehen, was gem. § 34 GmbHG notwendig gewesen wäre <p>01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>112</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Anwendbarkeit des § 16 Abs. 1 GmbHG auf bis Oktober 2008 angemeldete Veränderungen</p> <p>OLG Dresden v. 01.06.2016 – 17 W 289/16, NotBZ 2016, ____ (Heckschen) (erscheint in Kürze)</p> <p>Eine GmbH hatte zuletzt im Jahre 1998 eine Liste übermittelt. 2016 meldete der GF eine Kapitalerhöhung zur Eintragung in das HR an. An den dieser Kapitalerhöhung zugrundeliegenden Beschlüssen, die im Jahr 2014 gefasst worden waren, hatten aber überwiegend nicht die in der Liste ausgewiesenen Gesellschafter mitgewirkt, sondern deren Rechtsnachfolger. Das HR verweigerte im Hinblick auf die Regelung des § 16 I 1 GmbHG die Eintragung der Kapitalerhöhung endgültig und verlangte die Einreichung einer aktualisierten Gesellschafterliste.</p> <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>113</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Dresden v. 01.06.2016 – 17 W 289/16, n. v.</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die gefassten Beschlüsse seien wirksam und daher einzutragen. ➤ Mangels einer besonderen Übergangsvorschrift ist § 16 Abs. 1 GmbHG n. F. erst seit dem 01.11.2008 anwendbar. ➤ Die Veränderungen in den Personen der Gesellschafter (bspw. aufgrund einer Abspaltung) waren bereits vor der Beschlussfassung eingetreten und auch im Sinne von § 16 Abs. 1 HGB a. F. bei der Gesellschaft angemeldet worden. ➤ Daher haben die Rechtsnachfolger bereits vor dem MoMiG als Gesellschafterinnen gegolten und diesen Status auch nicht eingebüßt. <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>114</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Kein Testamentvollstreckervermerk in Gesellschafterliste BGH v. 24.02.2015 – II ZB 17/14, NZG 2015, 519</p> <p>Das Stammkapital der A-GmbH ist in drei Geschäftsanteile eingeteilt. Für die Anteile Nr. 2 und Nr. 3 ist Dauertestamentsvollstreckung angeordnet worden. Der Geschäftsführer der A-GmbH reichte eine neue Gesellschafterliste ein, die über die bisherige Gesellschafterliste hinaus die Angabe enthält, dass für die Geschäftsanteile Nr. 2 und 3 Testamentvollstreckung bestehe.</p> <p>Das Registergericht wies die Gesellschafterliste zurück. Die Beschwerde hatte keinen Erfolg. Die A-GmbH legte Rechtsbeschwerde ein.</p> <p>01.12.2016</p>
---	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>115</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BGH v. 24.02.2015 – II ZB 17/14, NZG 2015, 519</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ <i>Das Registergericht darf die Aufnahme einer mit einem Testamentsvollstreckervermerk versehenen Gesellschafterliste ablehnen.</i> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Nur Angaben nach § 40 I GmbHG ▪ Kein erhebliches praktisches Bedürfnis des Rechtsverkehrs <ul style="list-style-type: none"> - Legitimation des TV durch Zeugnis ▪ Kein gutgläubiger Erwerb ➤ Problem Ladungsmangel nicht ausreichend gewürdigt! <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>116</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Keine Aussetzung der Aufnahme der Gesellschafterliste wegen Anfechtung</p> <p>OLG Hamburg v. 24.9.2014 – 11 W 47/14, GmbHR 2014, 1321</p> <p>Der Einziehungsbeschluss, der der in der Liste ausgewiesenen Veränderung zugrunde lag wurde angefochten. Das Verfahren hierüber war in der Berufungsinstanz noch nicht abgeschlossen. Das RegGer wollte die Einstellung der Gesellschafterliste bis zum Abschluss des Verfahrens über die Anfechtung aussetzen. Das OLG Hamburg hielt dies nicht für zulässig.</p> <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>117</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Hamburg v. 24.9.2014 – 11 W 47/14, GmbHHR 2014, 1321</p> <p>Entscheidung:</p> <p>➤ <i>Das RegisterGer. darf das Verfahren über die Einstellung einer geänderten Gesellschafterliste grundsätzlich nicht bis zur gerichtlichen Entscheidung über die Wirksamkeit der Änderung aussetzen.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einziehungsbeschluss angefochten ▪ Hauptverfahren nicht abzuwarten ▪ Selbst inhaltliche Prüfung führt nicht zur sicheren Erkenntnis über Unwirksamkeit <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>118</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Eintragung GbR als Gesellschafter in Liste OLG Hamm v. 24.05.2016 - 27 W 27/16, DB 2016, 2107</p> <p>Nach Gesellschafterliste vom 14.02.2013 hielt C verschiedene Geschäftsanteile an der Beteiligten. Diese veräußerte er an die „Vorm F“ Unternehmensbeteiligungsgesellschaft bürgerlichen Rechts. Der Notar reichte eine geänderte Gesellschafterliste beim HR ein. Dabei wurde nur die GbR ohne Angabe ihrer Gesellschafter aufgeführt.</p> <p>Dies beanstandete das RegGer und verweigerte die Aufnahme in den Registerordner mit der Begründung, die Gesellschafter der GbR seien nicht mit Namen und Anschrift benannt worden.</p> <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>119</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Hamm v. 24.05.2016 - 27 W 27/16, DB 2016, 2107</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ist (Außen-) GbR Gesellschafterin einer GmbH, sind in Gesellschafterliste neben GbR auch Gesellschafter aufzunehmen ➤ h.M. in Literatur GbR + Gesellschafter <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erreichung höchstmöglicher Transparenz bei Gesellschafterbestand ▪ zum erleichterten Nachweis der Vertretung der Außen-GbR im Registerverfahren ▪ § 162 I 2 HGB analog ➤ a.A. nur GbR <ul style="list-style-type: none"> ▪ keine planwidrige Regelungslücke ▪ Seit über 10 Jahren Außen-GbR und MoMiG keine Regelung gem. § 162 I 2 HGB eingeführt <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>120</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Erwerb der Gesellschafterstellung bei kartellrechtswidrigem Beitritt</p> <p>BGH v. 27.01.2015 - KZR 90/13, NZG 2015, 478</p> <p>Die bekl. GmbH betreibt den zentralen Einkauf von Dentalartikeln für ihre Gter. Sie war als Mittelstandskartell vom BKartA vom Verbot des § 1 GWB freigestellt. Ende 2001 erwarb die zu einem finnischen Konzern gehörende Kl. einen Anteil an der GmbH. Das BKartA vertrat daraufhin die Auffassung, mit dem Beitritt der Klägerin seien die Voraussetzungen für die kartellrechtliche Freistellung entfallen. Die GmbH müsse sich von der Kl. trennen. Die GmbH beschloss daraufhin die Einziehung des Anteils der Kl. Diese begehrt nun die bereicherungsrechtliche Rückabwicklung aller gegen-seitigen Leistungen und verlangt Zahlung von 1,6 Mio. €. Sie steht auf dem Standpunkt, ihr Beitritt zur GmbH sei von Anfang an wegen Verstoßes gegen § 1 GWB unwirksam gewesen, § 134 BGB.</p> <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>121</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BGH v. 27.01.2015 - KZR 90/13, NZG 2015, 478</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Keine Rückabwicklung der gegenseitig gewährten Leistungen ➤ GmbH wird im Verhältnis zum Anteilserwerber über § 16 I GmbHG aF geschützt ➤ Bis Inkrafttreten des MoMiG galt gegenüber der GmbH derjenige als Inhaber des Anteils, dessen Erwerb bei den GF angemeldet ➤ § 16 I GmbHG auch dann (+), wenn Anteilserwerb wegen Verstoßes gegen § 1 GWB nichtig, § 134 BGB ➤ Im Verhältnis Veräußerer/ Erwerber bleibt Anteilsübergang ex tunc nichtig <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>IV. Gesellschafterliste</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung</p> <p>122</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BGH v. 27.01.2015 - KZR 90/13, NZG 2015, 478</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zweck des § 1 GWB gebietet es jedoch nicht, von einer Ex-tunc-Nichtigkeit des Beitritts auch im Verhältnis zur Gesellschaft auszugehen. ➤ § 16 I GmbHG aF dient Rechtssicherheit und auch Schutz der Gläubiger ➤ § 16 I GmbHG auch nicht der Wiederherstellung eines kartellrechtsgemäßen Zustands entgegen ➤ Entscheidung zwar zu § 16 I GmbHG aF ergangen, ist aber auf die derzeitige Fassung des § 16 I GmbHG übertragbar <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<h2 style="color: red;">V. Beschlussmängel bei der GmbH</h2>	
<p>123</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="color: red; font-weight: bold;">B. GmbH</p> <p style="color: red; font-weight: bold; text-align: center;">V. Beschlussmängel</p>	<p>Fallbeispiel: Die A-GmbH hat zwei Geschäftsführer. Im Rahmen einer Gesellschafterversammlung soll eine Einzelentlastung beider Geschäftsführer beschlossen werden. Beide Geschäftsführer sind auch Gesellschafter der Gesellschaft. Bei der Beschlussfassung zur Entlastung über den Geschäftsführer A stimmt dessen Mitgeschäftsführer B mit ab. Gesellschafter C, der der dritte Gesellschafter der Gesellschaft ist und über einen Anteil von 10 % an der Gesellschaft verfügt, ist der Auffassung, dass beide Geschäftsführer von der Abstimmung ausgeschlossen seien, weil:</p> <ul style="list-style-type: none"> – der B bei Pflichtverletzungen des A auch mitgewirkt habe bzw., – selbst wenn er nicht mitgewirkt habe, er diese aber durch ein Unterlassen seiner Kontrollpflicht mit zu verantworten habe, und, – selbst wenn man ihm dieses nicht vorwerfen könne, es nicht angehe, dass bei einer derartigen Entscheidung, die die Gesamtsphäre der Geschäftsführung betreffe, einer der Geschäftsführer mitstimmen dürfe.
<p>124</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Problematic der Entlastung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Organmitglieder mit Gesellschafterstellung haben Stimmrecht bei Entlastung anderer Organmitglieder <p><u>Ausnahme:</u> Vorwurf gemeinschaftlicher Pflichtverletzung, aber nicht bei unterschiedlicher Qualität der Pflichtverletzung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestimmung „gemeinschaftl. Pflichtverletzung“ <ul style="list-style-type: none"> • Bayer: gesamtschuldnerische Haftung • BGH: Mitverantwortung • Weitere: Berührung der Interessensphären • Zöllner: spricht sich gegen diese Ausnahme im Allgemeinen aus
<p>125</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Problematic der Entlastung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Prophylaktisches Stimmverbot aller Organmitglieder ist abzulehnen → Entzug eines Kernrecht nicht möglich ▪ Besser: Überprüfung des konkreten Abstimmungsverhaltens auf Treuwidrigkeit
<p>126</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Fallbeispiel: A erwirbt die Mehrheit der Geschäftsanteile in der X- GmbH, steht mit dieser aber in Konkurrenz. Er versucht einen Beschluss herbeizuführen, der ihm eine Befreiung vom Wettbewerbsverbot bringen soll. Er merkt, dass er in der Gesellschaft auf Widerstand stößt. Da er selbst von der Abstimmung ausgeschlossen ist, droht er sie zu verlieren. Stattdessen gedenkt er nun zuvor einen Satzungsänderungsbeschluss über die Aufhebung des statutarischen Wettbewerbsverbotes herbeizuführen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Änderung der Satzungsregelung = Umgehungsversuch von § 47 Abs. 4 GmbHG → Stimmverbot für A auch hierfür ▪ Anders OLG Düsseldorf (6 U 77/99) Befreiung vom Wettbewerbsverbot = § 47 Abs. 4 S. 1 Alt. 2 GmbHG ▪ Widerspruch zur Rspr. Kündigung von Organges.
<p>127</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Kein Stimmverbot bei Vornahme eines Rechtsgeschäfts</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Anerkannt für folgende Fallgruppen: <ul style="list-style-type: none"> • Akt der Organbestellung • Regelungen zu Bezügen/Anstellungsbedingen • Genehmigung von Anteilsübertragungen • Freiwilliges Einziehen • Nachfolge des ausscheidenden Gesellschafters • Einforderung der Stammeinlage • Ordentl. Kündigung eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages • Abschluss eines Unternehmensvertrags ➤ Nicht jedoch für: <ul style="list-style-type: none"> • Auflösung eines Treuhandvertrages
<p>128</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Fallbeispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ B ist laut Satzung Versammlungsleiter ➤ B unterliegt aufgrund des Beschlussgegenstandes einem Stimmverbot, will auch nicht abstimmen ➤ C beantragt Abberufung des B als Versammlungsleiter ➤ B soll über seine Abberufung nicht abstimmen aufgrund § 47 Abs. 4 GmbHG ➤ B erhebt hiergegen Nichtigkeitsklage
<p>129</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Aktuelle Ansichten zu Abdingbarkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Herrschende Meinung <ul style="list-style-type: none"> • Differenzierung nach Einzeltatbeständen • Für Entlastung, Befreiung von einer Verbindlichkeit und Einleitung/Erledigung eines Rechtsstreits <u>nicht abdingbar</u> • Begründung: praktikabler als ständige Einzelfallprüfung Verbot des Richtens in eigener Sache erhalten institutionelle Gründe • Für Vornahme eines Rechtsgeschäftes <u>abdingbar</u> solange nicht Maßnahme aus wichtigem Grund • Begründung: Fall des Insichgeschäfts, wobei § 181 BGB dispositiv ist → Gleiches gilt für § 47 Abs. 4 S. 2 Var. 1 GmbHG
<p>130</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Eigene Ansicht</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für die Vornahme eines Rechtsgeschäfts und alle damit einhergehenden Abwicklungshandlungen ist § 47 Abs. 4 GmbHG abdingbar. <p>Gestaltungshinweise</p> <p>Ausführlich Heckschen, GmbHR 2016, 897</p> <p>„Das Stimmverbot des § 47 Abs. 4 GmbHG wird abbedungen soweit die Vornahme eines Rechtsgeschäft mit einem Gesellschafter oder dessen Abwicklung betroffen sind.“</p>
<p>131</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Anfechtbarkeit bei Beschlussfassung unter Nichtbeachtung von Sonderrechten einzelner Gter</p> <p>OLG Hamm v. 21.12.2015 – I-8 U 67/15, GmbHR 2016, 358 (m. Anm. Wachter)</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Regelung in GV, wonach Geschäftsführer für den Abschluss einzelner Rechtsgeschäfte die Zustimmung aller Gesellschafter einholen muss = individuelles Sonderrecht auf Zustimmung ➤ Auch Änderung dieser Klausel = individuelles Sonderrecht auf Zustimmung ➤ Kein Zustimmung = Beschluss unwirksam ➤ Geltendmachung der Unwirksamkeit durch Feststellungsklage, § 256 ZPO. ➤ Keine Frist
<p>132</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Nachträgliche Errichtung eines fakultativen Aufsichtsrats</p> <p>KG v. 23.07.2015 – 23 U 18/15, ZIP 2016, 673</p> <p>Leitsatz:</p> <p>Die nachträglich beschlossene Errichtung eines GmbH-rechtlichen Aufsichtsrats muss auch bei Vorliegen einer Öffnungsklausel notariell beurkundet und in das HR des Sitzes der Gesellschaft eingetragen werden.</p>
<p>133</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>Wirksamkeit von in den Räumen eines verfeindeten Gesellschafters gefassten Beschlüssen</p> <p>BGH v. 24.03.2016 – IX ZB 32/15, DB 2016, 1489</p> <p>Schon nach Gründung gerieten die beiden zu je 50 % an der GmbH beteiligten Gesellschafterinnen so in Streit, dass der Geschäftsbetrieb nie aufgenommen wurde. Die eine Gfeterin stellte Insolvenzantrag. Nach der Eröffnung, lud die andere Gfeterin zur GesellschafterV in die Räume der GmbH ein. Alternativ im Falle, dass der Zutritt zu den Räumen durch den Ehemann der anderen Gfeterin, den Vermieter, verweigert würde, in ihre Wohnung ein. Trotz Widerspruchs der anderen Gfeterin fand die Versammlung in der Wohnung der einladenden Gfeterin statt. Sie wurde daraufhin in Abwesenheit als Geschäftsführerin abberufen, sodann die Einstellung des Insolvenzverfahrens beantragt.</p>
<p>134</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>BGH v. 24.03.2016 – IX ZB 32/15, DB 2016, 1489</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Für den Antrag auf Einstellung des Insolvenzverfahrens wegen Wegfalls des Eröffnungsgrunds gem. § 212 InsO gilt allg. Vertretungsbefugnis gem. § 35 II 1 GmbHG ➤ Möglichkeit der Antragstellung auf Insolvenzeröffnung durch jeden GF einzeln, beruht auf spezifisch von § 15 InsO eingeräumten Vertretungsbefugnis, die allg. Vertretungsregelung vorgeht ➤ Sonderregelung gilt nicht für § 212 InsO
<p>135</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>V. Beschlussmängel</p>	<p>BGH v. 24.03.2016 – IX ZB 32/15, DB 2016, 1489</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ladung in Wohnung eines verfeindeten Gesellschafters ist für Mitgesellschafter unzumutbar und führt zur Anfechtbarkeit der gefassten, festgestellten Beschlüsse ➤ Mitgesellschafter befände sich von Anfang an in Umgebung, in der sich der verfeindete Gesellschafter vertraut bewegen kann, er aber nicht ➤ Dieser Ladungsmangel führt nicht zur Nichtigkeit analog § 241 Nr. 1 AktG ➤ Erschwert Gesellschafter Teilnahme nicht derart, die der Verhinderung der Teilnahme gleichsteht ➤ Beschluss anfechtbar
<p>136</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<h2>VI. Sozialversicherungspflicht von Gesellschafter-Geschäftsführern</h2>	
137	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VI. Sozial- versicherungspflicht</p>	<p>Sozialversicherungspflicht der Gesellschafter</p> <p>Grds.: Beschäftigungsverhältnis ist neben gesellschaftsrechtlicher Stellung möglich.</p> <p>ABER: rechtlich maßgeblicher Einfluss auf Willensbildung der Gesellschaft auf Grund der Gesellschafterstellung schließt ein Beschäftigungsverhältnis aus, wenn der Gesellschafter damit Einzelanweisungen an sich im Bedarfsfall jederzeit verhindern könnte. Dies ist der Fall, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Gesellschafter ist GF und ➤ Besitzt mindestens 50 % der Geschäftsanteile oder ➤ Besitzt bei geringer Kapitalbeteiligung aufgrund der gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine Sperrminorität/Vetorecht
138	01.12.2016

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VI. Sozialversicherungs- pflicht</p>	<p>Sozialversicherungspflicht der Gesellschafter</p> <p>Grds.: Bloß mitarbeitender Gesellschafter kann auf Grund seiner Gesellschafterstellung keine entsprechende Rechtsmacht entfalten. Denn GF leitet die Geschäfte der GmbH und ist insoweit weisungsbefugt, der mitarbeitende Gesellschafter an das Weisungsrecht gebunden.</p> <p>AUSNAHME: Nach dem Gesellschaftsvertrag kann Gesellschafterversammlung Weisungsrechte gegenüber Beschäftigten allgemein oder im Einzelfall an sich ziehen oder sich vorbehalten</p>
<p>139</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VI. Sozialversicherungs- pflicht</p>	<p>Stimmbindungsverträge – kein Mittel zur Befreiung von Sozialversicherungspflicht</p> <p>BSG v. 11.11.2015 - B 12 R 2/14 R, BeckRS 2016, 67680</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kann offen bleiben, ob getroffenen Stimmrechtsbindungsvereinbarungen jeweils als Legitimationszession oder Stimmrechtsvollmacht auszulegen sind ➤ In beiden Fällen konnte Ausübung des nur widerruflich übertragen werden ➤ jeweilige Mehrheitsgesellschafter – insbesondere im Konfliktfall –wieder über sein Stimmrecht verfügen und Kläger in Gesellschafterversammlung überstimmen konnte ➤ „Schönwetter-Selbständigkeit“, aber keine sozialversicherungs- Bedeutung
<p>140</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VI. Sozial- versicherungs- pflicht</p>	<p>Stimmbindungsverträge – kein Mittel zur Befreiung von Sozialversicherungspflicht</p> <p>BSG v. 11.11.2015 - B 12 KR 13/14 R, BeckRS 2016, 66640; FD-SozVR 2016, 376989 (Plagemann)</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Soweit StimmbindungsV – ggf. aus wichtigem Grund – kündbar sind und bloße Möglichkeit des Zerwürfnisses der Gter. Besteht, das gesellschaftsfr. Folgen haben kann <ul style="list-style-type: none"> ▪ keine „Rechtsmacht,“ = keine Selbständigkeit ➤ Beim Konfliktfall käme nämlich – durchsetzbar – allein Rechtsmacht des Mehrheitsgesellschafter zum Tragen <ul style="list-style-type: none"> ▪ vertraglichen Kündigungsrechts
<p>141</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VI. Sozial- versicherungs- pflicht</p>	<p>BSG v. 11.11.2015 - B 12 KR 13/14 R, BeckRS 2016, 66640; FD-SozVR 2016, 376989 (Plagemann)</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Weisungsunterworfenheit des Minderheitengesellschafters unter GmbH nach gelebten tatsächlichen Verhältnissen ➤ Dies ist mit Blick auf Erfordernis der Vorhersehbarkeit sozialversicherungs- und beitragsrechtlicher Tatbestände nicht hinnehmbar
<p>142</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">VI. Sozial- versicherungs- pflicht</p> <p style="text-align: right;">143</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Stimmbindungsverträge – kein Mittel zur Befreiung von Sozialversicherungspflicht</p> <p>BSG v. 11.11.2015 - B 12 KR 10/14 R, BeckRS 2016, BeckRS 2016, 67672</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ eine nur schuldrechtlich in Anstellungsverträgen eingeräumte Sperrminorität kann durch einseitige Kündigung leicht beendet werden ➤ mit Kündigung –jedenfalls aus wichtigem Grund nach § 626 BGB– würde auch Vetorecht des Klägers wieder entfallen ➤ An Entscheidung über Abberufung des GF darf Betroffene selbst nicht einmal ➤ Damit verfügt Kläger nicht über rechtliche Möglichkeit, ihm nicht genehme Weisungen jederzeit abzuwenden ➤ Dies ist mit Blick auf Erfordernis der Vorhersehbarkeit sozialversicherungs- und beitragsrechtlicher Tatbestände nicht hinnehmbar <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p style="text-align: center;">VII. Highlights zur GmbH in der Krise</p> <p style="text-align: right;">144</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">VII. Die GmbH in der Krise</p> <p style="text-align: center;">1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p style="text-align: right;">145</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Gesellschafterdarlehen / Gesellschaftersicherheiten im Unternehmenskauf und drohende InsO</p> <p>ausführlich <i>Heckschen/Kreußlein</i>, RNotZ 2016, 351; Altmeppen, ZIP 2016, 2089</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ P.: Nachrangigkeit sämtlicher Gesellschafterdarlehen sowie für Gesellschaftsdarlehen gewährte Sicherheiten der Gesellschafter in der Insolvenz ➤ Anfechtbarkeit aller Darlehensrückzahlungen an den Gesellschafter, die im letzten Jahr vor Stellung des Insolvenzantrags erfolgten, § 135 I InsO ➤ Relevant für Unternehmensveräußerungen im Wege des Share Deals ➤ IdR will Veräußerer sein gesamtes Engagement im Unternehmen beenden ➤ auch Erwerber hat Interesse, frei über Finanzierungsstruktur der neu erworbenen Gesellschaft zu entscheiden <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">VII. Die GmbH in der Krise</p> <p style="text-align: center;">1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p style="text-align: right;">146</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Behandlung eines kapitaleretzenden Darlehens in der Insolvenz</p> <p>BGH v. 21.02.2013, IX ZR 32/12, DStR 2013, 925</p> <p>Die Beklagte ist über eine von ihr als Alleingesellschafterin kontrollierte Tochtergesellschaft mittelbar auch Alleingesellschafterin der späteren Insolvenzsuldnerin. Knapp 11 Monate vor Insolvenzantragstellung gewährte sie der späteren Insolvenzsuldnerin ein Darlehen über 500.000 €. Etwa 6 Monate vor Antragstellung verkaufte die Beklagte die Darlehensforderung unter gleichzeitiger Abtretung und unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung zu einem Kaufpreis von 375.000 € an einen Dritten. Die Insolvenzsuldnerin bezahlte 4 Monate vor Antragstellung den fälligen Darlehensbetrag einschließlich Zinsen an den Dritten als Zessionar. Der Insolvenzverwalter fordert mit seiner auf § 135 I 2 InsO gestützten Klage Rückzahlung des Darlehensbetrages ausschließlich von der Beklagten.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">VII. Die GmbH in der Krise</p> <p style="text-align: center;">1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p style="text-align: right;">147</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>BGH v. 21.02.2013, IX ZR 32/12, ZIP 2013, 582</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei Abtretung eines Gesellschafterdarlehens unterliegt neben dem Zessionar auch der Gesellschafter selbst der Anfechtung <ul style="list-style-type: none"> → im Rahmen von § 135 I Nr. 2 InsO werden auch alle Umgehungstatbestände erfasst → wirtschaftlichen Betrachtungsweise ➤ Das Gesellschafterdarlehen verliert seinen Nachrang nicht durch Abtretung an einen Dritten (§ 404 BGB) – erst nach 1-Jahres-Frist (§ 135 I Nr. 2 InsO) ➤ Bezüglich der Reichweite des § 135 I Nr. 2 InsO im Verhältnis zu Dritten kann auf die bis zum MoMiG entwickelte Rechtsprechung zum Eigenkapitalersatzrecht zurückgegriffen werden ➤ Auch nach dem MoMiG gilt die Legitimationsgrundlage hinsichtlich der Anfechtbarkeit – die Finanzierungsfolgenverantwortung – weiter <p style="text-align: right;">01.12.2015</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">VII. Die GmbH in der Krise</p> <p style="text-align: center;">1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p style="text-align: right;">148</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Anfechtungsrisiko für Unternehmensverkäufer bei Veräußerung von Gesellschafterdarlehen?</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ist die Entscheidung BGH v. 21.02.2013, IX ZR 32/12, ZIP 2013, 582, mit der Folge der Haftungserstreckung aus Insolvenzanfechtung auf den Zedenten, auch im Falle des Unternehmensverkaufs unter zeitgleichem Verkauf des Gesellschafterdarlehen anwendbar? <ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Gedanke der Finanzierungsfolgenverantwortung greift gerade nicht, da Käufer komplett in die Pflichtenstellung des Verkäufers einrückt ▪ Auch kein Unterlaufen der Finanzierungsfolgenverantwortung durch Auseinanderfallen der Gesellschafter- und Darlehensgläubigerrolle ➤ Jedoch Rechtsunsicherheit in der Praxis des Unternehmenskaufs bis zur höchstrichterlichen Klärung dieser Frage <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p>149</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Gestaltungsempfehlungen bezüglich des Gesellschafterdarlehens beim Unternehmenskauf</p> <p>ausführlich <i>Heckschen/Kreußlein</i>, RNotZ 2016, 351</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Abtretungslösung modifiziert mit 1jähriger Rückzahlungssperre und Freistellungshaftung des Käufers und Besicherung dieser durch Bürgschaft oder Patronatserklärung bzw. Einzahlung des Haftungsbetrages auf Treuhandkonto ➤ Verpfändung des Darlehensrückzahlungsanspruchs mit Übertragung des Darlehensrückzahlungsanspruch aber zugleich auflösend befristeter Verpfändung <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p>150</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einbringungslösung - Auflösung des Gesellschafterdarlehens - Debt-to-Equity-Swap <ul style="list-style-type: none"> · Vor Unternehmensverkauf Einlage der Darlehensrückzahlungsforderung in die Kapitalrücklage der Gesellschaft im Wege der Forderungsabtretung an die Gesellschaft → Eigenkapitalerhöhung, entsprechend höherer Kaufpreis beim Unternehmensverkauf <p>Problematisch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Mehr-Personen-Gesellschaften ➤ Wertgeminderte Darlehensforderung <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">VII. Die GmbH in der Krise</p> <p style="text-align: center;">1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">151</p>	<p style="text-align: right; font-size: small;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Gestaltungsempfehlungen bezüglich des Gesellschafterdarlehens beim Unternehmenskauf</p> <p>➤ Treuhandlösung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ mit Abtretung vereinbaren, dass Neugesellschafter sich das Darlehen zurückbezahlen lässt, ➤ Valuta wird auf ein Treuhand- oder Notaranderkonto zur Einzahlung angewiesen ➤ Käufer erlangt erst nach Ablauf der Jahresfrist unmittelbaren Zugriff auf das mit dem Gesellschafterdarlehen verbundene Vermögen <p>= sicherste und zugleich bequemste Lösung</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: center;">B. GmbH</p> <p style="text-align: center;">VII. Die GmbH in der Krise</p> <p style="text-align: center;">1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">152</p>	<p style="text-align: right; font-size: small;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>➤ Fremdtilgungsmodell</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Käufer tilgt Darlehen gegenüber dem Verkäufer gem. § 267 BGB ➤ erfüllt in diesem Sinne gem. § 362 BGB den Darlehensrückzahlungsanspruch ➤ Im Gegenzug erhält Käufer einen Anspruch gegen Gesellschaft <p>➤ Vermeidung der Gläubigerbenachteiligung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Neugesellschafter legt in Höhe des Darlehensrückzahlungsanspruches Barmittel in freie Kapitalrücklage der Gesellschaft ein, zweckgebunden und nur zur Rückzahlung des Darlehensrückzahlungsanspruches ➤ ist zwar Rückzahlung an Altgesellschafter, aber <ul style="list-style-type: none"> ➤ keine Gläubigerbenachteiligung = keine Anfechtung <p style="text-align: right; font-size: small;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p>	<p>Stehenlassen von Gesellschafterforderungen</p> <p>OLG Koblenz v. 15.10.2013 - 3 U 635/13, ZIP 2013, 2325</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ auch der nicht ausgeschüttete und in Gewinnrücklage eingestellte oder als Gewinnvortrag verwendete Jahresüberschuss in Einpersonen-Gesellschaft ist einem Gesellschafterdarlehen gleichzustellen ➤ da Gesellschafter dadurch vorübergehend bereits vorhandene Mittel der Gesellschaft bis zum nächsten Ergebnisverwendungsbeschluss belassen und in diesem Sinne „stehenlassen“
153	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p>	<p>Insolvenzanfechtung bei Stehenlassen Jahresgewinn</p> <p>LG Hamburg v. 18.06.2015 - 301 O 1/15, BeckRS 2015, 12400</p> <p>Der Kl. ist InsolvenzV über das Vermögen der H. GmbH. Er verlangt die Rückzahlung einer an den Bekl. als damaligen Gesellschafter ausgeschütteten Gewinnbeteiligung.</p> <p>Der Bekl. hielt bei der Schuldnerin als Gesellschafter 3.601 Stimmen, die übrigen 4 Gesellschafter zusammen 6.401 Stimmen. 2008 erwirtschaftete die Schuldnerin einen Jahres-überschuss von 2.434.580,39 €. Der Beschluss über die Gewinnverwendung wurde auf der GesellschafterV vom 11.12.2009 bis auf Weiteres aber (einstimmig) ausgesetzt, da ein Vorschlag des Bekl. vorlag, 970.000 € auszuschütten. 06/2010 erhob der Bekl. beim LG Zivilklage gegen H GmbH, um Gewinnausschüttung des Jahresüb. aus 2008 zu erreichen. Nachdem die Gter. daraufhin 09/2010 einstimmig beschlossen hatten, den Jahresüberschuss aus 2008 vollständig an die Gter. auszukehren, nahm der Bekl. die Klage zurück.</p> <p>Am 21.9.2010 erhielt der Bekl. (inkl. der an das FA abgeführten Steuern) 876.448,93 € ausgezahlt.</p>
154	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p>	<p>LG Hamburg v. 18.06.2015 - 301 O 1/15, BeckRS 2015, 12400</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Keine Insolvenzanfechtung gem. § 135 I Nr. 2, 129, 39 I Nr. 5 InsO weil das Stehenlassen des Jahresgewinns aus 2008 und die schließlich 09/2010 erfolgte Gewinnausschüttung keine Rechtshandlung, die einem Gesellschafterdarlehen wirtschaftlich entspricht ➤ Bei Stehenlassen einer Forderung nur dann von Darlehen auszugehen, wenn dieser Betrag bewusst zum Zwecke der Finanzierung in der Gesellschaft belassen wird ➤ A.A. OLG Koblenz v. 15. 10. 2013 - 3 U 635/13, NZG 2014, 998 Rev. eingelegt, Az. BGH: IX ZR 252/13, <ul style="list-style-type: none"> ▪ Revision wurde zurückwiesen ➤ Folgen: dramatisch ➤ Rat: Ausschüttung 1 Jahr vor Unternehmensverkauf
155	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p>	<p>Keine Anfechtung des Verzichts eines Gesellschafts-gläubigers auf eine Gesellschaftersicherheit</p> <p>LG Kleve v. 03.03.2015 – 4 O 35/13, ZIP 2015, 988</p> <p>Die Insolvenzschuldnerin nahm am 29.02.2008 ein Darlehen über 500.000 € bei der Sparkasse B. auf. Der Beklagte bürgten für das Darlehen. Am 29.08.2008 trat der Beklagte seine Geschäftsanteile ab. Am 18.08.2009 stellte die Schuldnerin Insolvenzantrag. Die Sparkasse entließ den Beklagten mit Schreiben vom 21.12.2009 aus der Bürgschaft. Das Insolvenzverfahren wurde am 24.03.2010 eröffnet. Der Kläger wurde zum Insolvenzverwalter bestellt. Die Sparkasse meldete rd. 492.000 € zur Insolvenztabelle an. Aus der Versteigerung eines Grundstücks der Schuldnerin erhielt die Sparkasse auf eine Grundschuld im März 2011 422.654,55 €. In dieser Höhe nahm der Kläger den Beklagten auf Erstattung in die Insolvenzmasse in Anspruch.</p>
156	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p>	<p>LG Kleve v. 03.03.2015 – 4 O 35/13, ZIP 2015, 988 Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Erlässt der Dritte dem Gesellschafter die Inanspruchnahme aus der Sicherheit, stellt dies keine anfechtbare Rechtshandlung i.S.d § 135 Abs. 2 InsO dar. <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kein Zutun der Gesellschaft ▪ Ein der Kapitalrückzahlung entsprechender Vorgang, der das Vermögen der Gesellschaft zu Lasten der Gläubiger schmälert, liegt nicht vor. ➤ Keine analoge Anwendung von § 143 Abs. 3 InsO ➤ Erlassvertrag stellt keinen Vertrag zu Lasten Dritter dar, da der Insolvenzmasse jedenfalls nicht direkt Vermögen entzogen wird ➤ a.A. OLG Stuttgart v. 14.03.2012 – 14 U 28/11, ZIP 2012, 834; zust. <i>Altmoppen</i>, ZIP 2016, 2089
<p>157</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p>	<p>OLG Düsseldorf v. 17.12.2015 – I-12 U 13/15, NZI 2016, 542 Entscheidung</p> <p>Leitsatz:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wird die am Gesellschaftsvermögen und am Vermögen eines Gesellschafters gesicherte Forderung eines Darlehensgläubigers nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft durch Verwertung der Gesellschaftssicherheit befriedigt, kommt ein Erstattungsanspruch der Insolvenzmasse in entsprechender Anwendung des § 143 III InsO in Betracht. 2. Der Anspruch setzt auch dann, wenn sowohl die Eröffnung des Insolvenzverfahrens als auch die Befreiung des Bürgen von der Bürgschaft nach dem Inkrafttreten des MoMiG am 1.11.2008 erfolgt sind, voraus, dass die Bürgschaft eigenkapitalersetzenden Charakter hatte, wenn der Bürge seine Gesellschafter-stellung vor diesem Zeitpunkt innerhalb des letzten Jahres vor Insolvenzantragstellung verloren hat.
<p>158</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>1. Gesellschafter- darlehen und Sicherheiten</p> <p style="text-align: right;">159</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Düsseldorf v. 17.12.2015 – I-12 U 13/15, NZI 2016, 542 Entscheidung</p> <p>Leitsatz:</p> <p>3. Der Verzicht des Gläubigers auf die Rechte aus der Bürgschaft innerhalb eines Jahres vor Insolvenzantragstellung oder nach Insolvenzantragstellung steht auch nach Inkrafttreten des MoMiG einer Inanspruchnahme des Gesellschafter-Bürgen analog § 143 III InsO nicht entgegen.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>2. Rangrücktritts- vereinbarung</p> <p style="text-align: right;">160</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Qualifizierte Rangrücktrittsvereinbarung BGH v. 05.03.2015 – IX ZR 133/14, NZG 2015, 1121</p> <p>Die Gl. tritt mit ihrem Anspruch auf Rückzahlung des Nominalbetrages und ihrem Anspruch auf Zinszahlung entspr. § 39 II InsO dergestalt im Rang hinter die Forderungen aller bestehenden und künftigen Gl. der Schuldnerin, insbes. solche gem. § 39 I-V InsO, zurück, dass sie erst nach Befriedigung sämtlicher Gesellschaftsogl. und, soweit ein Liquidationsüberschuss oder ein die sonstigen Verbindlichkeiten übersteigendes Vermögen der Gesellschaft hierfür zur Verfügung steht, nur zugleich mit, im Rang jedoch vor den Einlagerückgewähransprüchen der Gter. der Schuldnerin Erfüllung dieser Ansprüche verlangen kann. Der Nachrang gilt auch im InsolvenzV. Der Rangrücktritt gilt nur, solange und soweit durch eine teilweise oder voll-ständige Befriedigung des im Rang zurückgetretenen An-spruchs der Gl. eine Überschuldung oder eine Zahlungsunfähigkeit im insolvenzrechtlichen Sinne der Schuldnerin entsteht oder zu entstehen droht.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>2. Rangrücktritts- vereinbarung</p>	<p>BGH v. 5.3.2015 - IX ZR 133/14, GmbHR 2015, 472</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Umfassender Rangrücktritt führt dazu, dass Darlehen in Krise nicht zurückgefordert werden kann <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wird dennoch getilgt liegt eine Leistung auf eine Nichtschuld vor = Kondiktionsanspruch ▪ § 814 BGB nicht bei routinemäßigen Zinsleistungen und wenn Schuldnerin Gläubigerdruck nachgibt ▪ § 134 InsO immer anwendbar ➤ Darlehen ist bei der Erstellung einer Überschuldungsbilanz nicht mehr zu passivieren
<p>161</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>2. Rangrücktritts- vereinbarung</p>	<p>BGH v. 5.3.2015 - IX ZR 133/14, GmbHR 2015, 472</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Vereinbarung muss sowohl vor als nach Verfahrenseröffnung ausschließen, dass eine Darlehensforderung als Verbindlichkeit in die Bilanz aufgenommen wird ➤ Außerhalb des Insolvenzverfahrens darf Darlehen nur aus ungebundenem Vermögen befriedigt werden <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zulässig: Rangrücktritt nur für den Fall, dass drohende Insolvenz vorliegt ▪ Dadurch wird lediglich zum Ausdruck gebracht, dass kein Forderungsverzicht vorliegt und Gläubiger seine Forderung durchsetzen kann, solange Schuldnerin ohne die Gefahr einer Insolvenz über hinreichende finanzielle Mittel zur Tilgung der Verbindlichkeit verfügt
<p>162</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>2. Rangrücktritts- vereinbarung</p>	<p>BGH v. 5.3.2015 - IX ZR 133/14, GmbHR 2015, 472</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufhebung grds. vor und nach der Krise möglich ➤ ABER: Rangrücktrittsvereinbarung ist Vertrag zugunsten Dritter (Gläubiger), § 328 BGB <ul style="list-style-type: none"> ▪ Eine freie Aufhebung ohne die Mitwirkung der Gläubiger ist daher nicht möglich, sofern die Zins- und Tilgungsleistungen nicht aus ungebundenem Vermögen beglichen werden können ▪ In diesen Fällen, wird anders als im Fall der (drohenden) Krise durch den Rangrücktritt noch kein selbstständiges Recht der Gläubiger berührt
163	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>2. Rangrücktritts- vereinbarung</p>	<p>Qualifizierter Rangrücktritt</p> <p>OLG Schleswig v. 29.04.2015 - 9 U 132/13, GmbHR 2015, 990 (Rev. unter II ZR 144/15)</p> <p>Der InsolvenzV der X-GmbH verklagt die Bekl. (2 von 3 Gtern) auf Ausgleich eines Verlusts, der der Schuldnerin wegen einer Rückforderung öffentlicher Fördermittel entstanden ist. Strittig ist vor allem, ob der GV eine wirksame unbeschränkte Verpflichtung der Gter zum Verlustausgleich bzw. zur Ausstattung der Schuldnerin enthält und ob dies auch nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens Ansprüche der Schuldnerin begründet. Der Kl. verlangt unter Verweis auf den vorgelegten Jahresabschluss von den Bekl. insgesamt Zahlung i.H.v 8.245.304,19€. Das LG hat die Klage abgewiesen. Mit seiner Berufung verfolgt der Kl. sein erstinstanzliches Begehren weiter.</p>
164	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>2. Rangrücktritts- vereinbarung</p> <p>165</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Schleswig v. 29.04.2015 - 9 U 132/13, GmbHR 2015, 990 (Rev. unter II ZR 144/15)</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Keine einer Rangrücktrittserklärung vergleichbare Vereinbarung liegt vor, wenn Gesellschafter im Gesellschaftsvertrag bloß Anspruch auf Erbringung weiterer Leistungen über die Einlage hinaus aufgrund einer Verlustübernahmeverpflichtung zuerkennen ➤ Anders als im Fall der Rangrücktrittserklärung wird kein quasi-statuarisches Haftungskapital zugunsten der Gläubiger begründet ➤ Es muss vielmehr zusätzlich Wille der Gesellschafter zum Ausdruck kommen, auch im Fall der Insolvenz der Gesellschaft Verbindlichkeiten zu übernehmen <p>01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>2. Rangrücktritts- vereinbarung</p> <p>166</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Schleswig v. 29.04.2015 - 9 U 132/13, GmbHR 2015, 990</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die ergänzende Vertragsauslegung von Bestimmungen eines GmbH-GV kann ergeben, dass dort enthaltene Verpflichtung der Gter zum Ausgleich der Verluste und zur Mittelausstattung der GmbH nach der Eröffnung des InsolvenzV über das Vermögen der GmbH nicht mehr gilt ➤ Regelungen zum Verlustausgleich/zur Ausstattung der GmbH zielen auf Sicherung der wirtschaftlichen Mittel zum Zwecke der fortlaufenden Aufgabenverwirklichung → auf eine „lebende“ Gesellschaft ➤ Nach § 14 II GV sind Gter zur zeitgerechten Bereitstellung von Mitteln verpflichtet, die nach § 14 I GV ausdrücklich „zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft“ zu gewähren sind <p>01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>2. Rangrücktritts- vereinbarung</p> <p>167</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Schleswig v. 29.04.2015 - 9 U 132/13, GmbHR 2015, 990</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Gter hat von einer Übernahme von Verlusten einer bereits in Insolvenz befindlichen GmbH keine wirtschaftlichen Vorteile mehr zu erwarten ➤ Mit Verlustübernahme verfolgte Stärkung der GmbH und damit zugleich die Verbesserung der über die Mitgliedschaft in der GmbH vermittelten Vermögenslage des Gter kann nicht mehr erreicht werden ➤ Interesse des Gters, seiner GmbH auch in dieser Situation einen Anspruch auf Ausgleich des Jahresfehlbetrages zu verschaffen, ist nicht erkennbar ➤ Für die Annahme, die Gter wollten auch im Falle eines InsolvenzV Jahresfehlbeträge der Schuldnerin ausgleichen, bedürfte es besonderer, nicht vorhandener Anhaltspunkte <p>01.12.2016</p>
--	--

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>3. Ersatzfirma</p> <p>168</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Erforderlichkeit einer Satzungsänderung bei Eintragung einer Ersatzfirma</p> <p>OLG München v. 30.05.2016 – 31 Wx 38/16, NZG 2016, 837</p> <p>Der Insolvenzverwalter der Gesellschaft, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet ist, beantragt die Eintragung einer so genannten Ersatzfirma für diese. Das RegisterGer. hat den Antrag zurückgewiesen.</p> <p>01.12.2016</p>
---	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>3. Ersatzfirma</p> <p>169</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG München v. 30.05.2016 – 31 Wx 38/16, NZG 2016, 837</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Insolvenzv. darf Firma als Namen der Gesellschaft im laufenden Insolvenzverfahren verwerten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Personen- und Sachfirma ▪ Gesellschaft darf als Formkaufmann auch im Liquidationsstadium nicht namenlos bleiben → (Ersatz-) Firma ➤ Eintragung sog. Ersatzfirma im HR durch Insolvenzv. bedarf Satzungsänderung ➤ Abwägung zwischen zwei unterschiedlichen Rechtspositionen, von denen keiner von vornherein der Vorrang gebührt <ul style="list-style-type: none"> ▪ Richtigkeit des HR ▪ Leichtigkeit des Insolvenzverfahrens <p>01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>4. Fortsetzung</p> <p>170</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Fortsetzung einer aufgelösten GmbH nach Schlussverteilung BGH v. 28.4.2015 – II ZB 13/14, NZG 2015, 872</p> <p>Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen Zahlungsunfähigkeit über die streitgegenständliche GmbH wurde von Amts wegen die Auflösung im HR eingetragen. Nach vollzogener Schlussverteilung (§ 200 InsO) wurde das Insolvenzverfahren aufgehoben, was von Amts wegen im HR eingetragen wurde. Wenige Tage später beschloss der einzige Gesellschafter und Alleingeschäftsführer die Fortsetzung der Gesellschaft. Sämtliche Gläubiger seien vollständig befriedigt worden und die Betroffene verfüge noch über Vermögen, das das Stammkapital decke und darüber deutlich hinausgehe. Entsprechend meldete der Beteiligte die Fortsetzung der Gesellschaft zum HR an.</p> <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>4. Fortsetzung</p>	<p>BGH v. 28.4.2015 – II ZB 13/14, NZG 2015, 872</p> <p>Entscheidung:</p> <p>Fortsetzung der GmbH nach § 60 Abs. 1 Nr. 4 GmbHG bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ bei Einstellung des Verfahrens auf Antrag der Schuldnerin (§ § 212 f. InsO) ➤ nach Aufhebung des Verfahrens nach der Bestätigung eines Insolvenzplans, der den Fortbestand der Gesellschaft vorsieht ➤ § 60 Abs. 1 Nr. 4 GmbHG ist abschließend ➤ Gesetzgeberische Willen (Gesetzessystematik) die Fortführung der Gesellschaft nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens nur auf der Grundlage einer Entscheidung des Insolvenzgerichts <p>→ bloßer Fortsetzungsbeschluss genügt nicht</p>
171	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>6. Eintragung der Löschung</p>	<p>Eintragung der Löschung einer GmbH vor Ablauf des Sperrjahres nur bei Fehlen verteilungsfähigen Vermögens</p> <p>OLG Jena v. 20.05.2015 – 6 W 506/14, EWIR 2016, 13 (Wachter)</p> <p>Eine GmbH wurde durch Beschluss der Gesellschafter aufgelöst Auflösung und Gläubigeraufruf wurden vom Liquidator im Bundesanzeiger bekannt gemacht. Bereits 2 Monate später wurden die Beendigung der Liquidation und das Erlöschen der Firma zur Eintragung in das HR angemeldet.</p>
172	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>6. Eintragung der Löschung</p> <p style="text-align: right;">173</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>OLG Jena v. 20.05.2015 – 6 W 506/14, EWIR 2016, 13</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ idR keine Löschung einer GmbH vor Ablauf des Sperrjahres im HR in der Regel, <ul style="list-style-type: none"> ▪ selbst wenn bekannte Gläubiger befriedigt ▪ Restvermögen schon verbotswidrig verteilt ➤ Ausnahmsweise Eintragung der Löschung vor Ablauf des Sperrjahres, wenn GmbH über kein verteilungsfähiges Vermögen mehr verfügt ➤ Löschung der GmbH steht nicht entgegen, dass Besteuerungsverfahren nach Mitteilung des Finanzamts noch nicht abgeschlossen ist <ul style="list-style-type: none"> ▪ sofern Unternehmen Geschäftsbetrieb endgültig eingestellt hat ▪ und über kein Vermögen mehr verfügt <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>7. Haftung des GF</p> <p style="text-align: right;">174</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Umfang der Auskunftspflicht des GmbH-GF BGH v. 05.03.2015 – IX ZB 62/14, NZG 2015, 563</p> <p>Eine ges. KV beantragte wegen Beitragsrückständen am 03.06.2013 die Eröffnung des InsolvenzV über das Vermögen der M-GmbH. Die Alleingesellschafterin und GF der Schuldnerin hatte am 12.03.2013 ihre Anteile an einen Dritten übertragen. Sie wurde als GF abberufen und der neue Gter zum alleinigen GF bestellt. Als Kaufpreis für den Anteil im Nennbetrag von 25.000 Euro waren 3.000 € vereinbart.</p> <p>Zur Aufklärung des Vorgangs ordnete das Insolvenzgericht am 13.08.2013 ein schriftliches Sachverständigengutachten an. Die ursprüngliche Alleingesellschafterin und GF unterrichtete den InsolvenzV über die inneren Verhältnisse der GmbH, verweigerte aber die Auskunft über ihre eigenen Vermögensverhältnisse.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>7. Haftung des GF</p>	<p>BGH v. 05.03.2015 – IX ZB 62/14, NZG 2015, 563</p> <p>Die Werthaltigkeit etwaiger gegen sie gerichteter Erstattungsansprüche – insbesondere solcher aus § 64 GmbHG – konnten so nicht geprüft werden. Das Gericht erneuerte die Aufforderung mit dem Hinweis, dass bei Verweigerung, ein Haftbefehl erlassen werden könne.</p> <p>Durch weiteren Beschluss hat das Insolvenzgericht Haft gegen die ehemalige Alleingesellschafterin und GF angeordnet. Mit der Rechtsbeschwerde möchte die ehemalige Alleingesellschafterin und GF diese Beschlüsse aufheben</p>
175	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>7. Haftung des GF</p>	<p>BGH v. 05.03.2015 – IX ZB 62/14, NZG 2015, 563</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei Insolvenzantrag hat der Geschäftsführer Auskunft zu geben über <ul style="list-style-type: none"> ▪ rechtlichen, ▪ wirtschaftlichen ▪ tatsächlichen Verhältnisse der von ihm vertretenen Gesellschaft ➤ Auch Auskunft über Ansprüche gegen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesellschafter ▪ und ihn selbst ➤ nicht verpflichtet, Auskunft zu geben über <ul style="list-style-type: none"> ▪ eigenen Vermögensverhältnisse ▪ die Realisierbarkeit gegen ihn gerichteter Ansprüche
176	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>7. Haftung des GF</p>	<p>Einzug von Forderungen auf debitorisches Konto BGH, Urt. v. 23.06.2015 – II ZR 366/13, ZIP 2015, 1480</p> <p>Eine Insolvente GmbH unterhielt ein Kontokorrentkonto bei der Sparkasse N mit der Vereinbarung einer Globalzession sämtlicher bestehender und künftiger Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen gegen Dritte.</p> <p>Der Insolvenzverwalter verlangt von dem beklagten Geschäftsführer gem. § 64 GmbHG Zahlung der auf dem durchgängig im Soll geführten Kontokorrentkonto gebuchten Eingänge in einem bestimmten Zeitraum, in dem die Schuldnerin insolvenzreif gewesen sein soll.</p>
177	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>B. GmbH</p> <p>VII. Die GmbH in der Krise</p> <p>7. Haftung des GF</p>	<p>BGH, Urt. v. 23.06.2015 – II ZR 366/13, ZIP 2015, 1480</p> <p>Entscheidung:</p> <p>Rückausnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Masseschmälernde Leistung (+), wenn Sicherungsabtretung nach Insolvenzzreife vereinbart oder Forderung der Gesellschaft danach entstanden und werthaltig geworden ist ➤ Ersatzanspruch bei Zahlungen <u>auf</u> das debitorische Konto entfällt nicht schon dadurch (teilweise), dass die Bank nach Zahlungseingängen Verfügungen zulässt und damit Zahlungen an Gläubiger der Gesellschaft geleistet werden ➤ Darin liegt ein bloßer Gläubigertausch, aber kein Massezufluss ➤ Massezufluss ist nur dann gegeben, wenn mit der Zahlung ein werthaltiger Gegenstand für die Masse erworben wird und dies (noch) im unmittelbaren Zusammenhang mit der Masseschmälerung durch Einzug auf das debitorische Konto steht
178	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<h2 style="color: red;">C. Haftungsgefahren bei der Aktiengesellschaft</h2>	
<p>179</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p style="color: red;">C. Die AG</p> <p style="color: red;">I. Gesetzgebung</p>	<p style="color: red;">Aktienrechtsnovelle 2016</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Eingeschränkte Zulässigkeit von Inhaberaktien, § 23 I 2 Nr. 2 AktG ➤ Vorzugsaktien ohne Nachzahlungspflicht, § 139 I 1 AktG nF ➤ Wandelanleihen mit modernen Wandlungsgestaltungen, §§ 192 I, 221 I 1 AktG ➤ Flexibilisierung der Größe des Aufsichtsrats, § 95 S. 3 AktG nF <ul style="list-style-type: none"> ➤ Grundsatz der Teilbarkeit durch 3 nur noch, wenn mitbestimmungs-rechtlich erforderlich → DrittelbG
<p>180</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>I. Gesetzgebung</p>	<p>Aktienrechtsnovelle 2016</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einberufung der Hauptversammlung durch Minderheitsaktionäre, § 122 I 3 AktG nF ➤ Festlegung eines Dividendenfälligkeitsbetrages, § 58 IV 2 AktG nF ➤ Nicht umgesetzt <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung eines Nachweisstichtages (Record Date) ➤ relative Befristung von Nichtigkeitsklagen
<p>181</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>II. Die Hauptversammlung</p> <p>1. Prüfung Bewertungsgutachten</p>	<p>Prüfung eines im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung vorgelegten Bewertungsgutachtens durch das Registergericht KG v. 12.10.2015 – 22 W 77/15, NZG 2016, 620</p> <p>Die beteiligte AG wurde 2013 von der A-GmbH gegründet. Teile der Aktien befinden sich im Streubesitz. Anfang 2015 schlossen AG und A-GmbH einen Einbringungs- und Nachgründungsvertrag zur Einbringung der von der A-GmbH gehaltenen Anteile an der B-GmbH als Sacheinlage in die AG. Grundlage der Bewertung der einzubringenden Anteile war das Wertgutachten einer WP-Gesellschaft. Die HV beschloss die erforderliche Sachkapitalerhöhung. Die Vorstände haben im Anschluss u. a. unter Vorlage des eingeholten Wertgutachtens die Eintragung der Nachgründung, der Sachkapitalerhöhung und der sich hieraus ergebenden Satzungsänderung angemeldet. Das RegGer wies die Anmeldung zurück.</p>
<p>182</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>1. Prüfung Bewertungsgutachten</p> <p style="text-align: right;">183</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>KG v. 12.10.2015 – 22 W 77/15, NZG 2016, 620</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ bei Sachkapitalerhöhung ohne externe Prüfung nach § 183 a AktG kann vorgelegtes Gutachten nach § 33 a I Nr. 2 AktG durch Registergericht grundsätzlich nur darauf hin überprüft werden, <ul style="list-style-type: none"> ▪ ob der Gutachter die nach § 33 a I Nr. 2 AktG erforderlichen Voraussetzungen erfüllt ▪ ob er von zutreffenden Anknüpfungstatsachen ausgegangen ist ➤ Auswahl des Bewertungsverfahrens obliegt grundsätzlich Sachverständigen <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>2. Kompetenz zur Rücknahme HV</p> <p style="text-align: right;">184</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Kompetenz zur Rücknahme einer einberufenen HV</p> <p>BGH v. 30. 6. 2015 – II ZR 142/14, NZG 2015, 1227</p> <p>Die HV einer KGaA wurde durch die Komplementärin (GmbH) auf Verlangen einer Minderheitsakt. auf den 10. 9. 2012, 11.00 Uhr einberufen. TOP waren u. a. der Entzug des Vertrauens und der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der Kompl. sowie die Abberufung sämtlicher Gf. der Kompl. aus wichtigem Grund. Zum in der Einladung genannten Zeitpunkt waren nach durchgeführter Einlasskontrolle durch einen HV-dienstleister in dem in der Einladung genannten Ort ca. 73 % der Kommanditakt. anwesend. In einem „Backoffice“ befanden sich der Notar sowie weitere von der AG bzw. der Kompl. hierzu beauftragte Personen. Die zur Durchführung der HV notwendige Ton- und Video-Übertragungstechnik war aufgebaut, ebenso ein Buffet. Die Minderheitsakt., die die Einberufung verlangt hatte, hielt und vertrat mehr als 50 % der HV-stimmen. Um 11.10 Uhr betrat ein Gf. der Kompl. das Podium und sagte die HV ab. Auf seine Weisung wurde die Übertragungstechnik abgebaut und das Buffet abgeräumt.</p>
--	--

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>2. Kompetenz zur Rücknahme HV</p>	<p>BGH v. 30.06.2015 – II ZR 142/14, NZG 2015, 1227</p> <p>Die anwaltliche Beraterin und Vertreterin der Minderheitsakt. erklärte, dass die HV nicht wirksam abgesagt werden könne, und ließ – da kein satzungsmäßiger Versammlungsleiter zur Leitung der HV bereit stand – durch die HV einen Versammlungsleiter wählen. Verschiedene Aktionäre verließen – endgültig - den Versammlungssaal, die Mehrheit der Stimmen wurde weiterhin durch die Minderheitsakt., auf deren Verlangen die Einberufung zurückging, vertreten. Die HV wurde fortgesetzt und die in der Einladung vorgesehenen Beschlüsse gefasst.</p>
<p>185</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>2. Kompetenz zur Rücknahme HV</p>	<p>BGH v. 30.06.2015 – II ZR 142/14, NZG 2015, 1227</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einberufung der HV einer Aktiengesellschaft kann grunds. vom Organ, das die Versammlung einberufen hat, wieder zurückgenommen werden ➤ Auch wenn HV vom Vorstand auf Grund Verlangens von Aktionären gem. § 122 I 1 AktG einberufen worden ist ➤ HV kann vom Vorstand nicht mehr wirksam absagen, wenn sich die am Versammlungsort erschienenen Aktionäre nach dem in der Einberufung für den Beginn der HV angegebenen Zeitpunkt im Versammlungsraum eingefunden haben ➤ Die dem Vorstand wegen seiner Aufgabe, für die Rechtmäßigkeit des Korporationshandelns zu sorgen, im Interesse der Gesellschaft zustehende Anfechtungsbefugnis ist nicht dadurch ausgeschlossen, dass er Anfechtbarkeit des Beschlusses mitverursacht hat
<p>186</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>4. Festlegung der Abstimmungsreihen- folge</p> <p>187</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Festlegung der Abstimmungsreihenfolge bei AR-Wahl grundsätzlich durch Versammlungsleiter LG München I v. 31.03.2016 – 5 HK O 14432/14, ZIP 2016, 973 n.rkr. OLG München 7 U 1775/16</p> <p>In Einberufung zur HV waren 3 konkrete Wahlvorschläge des amtierenden AR zur Neuwahl des AR enthalten, unter Hinweis auf Ziff. 5.4.3 Satz 1 DCGK und einer getrennten Abstimmung. In der HV stellte eine Aktionärin überraschend einen Gegenkandidaten auf. Der Versammlungsleiter bestimmte, dass zuerst über die Wahlvorschläge des AR abgestimmt werden sollte - im Subtraktionsverfahren und einem einheitlichen Sammelgang. Als Ergebnis stellte der Versammlungsleiter fest, dass alle 3 Kandidaten gewählt worden seien. Die Gegenkandidatur des Klägers sei somit obsolet.</p> <p>01.12.2016</p>
---	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>4. Festlegung der Abstimmungsreihen- folge</p> <p>188</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>LG München I v. 31.03.2016 – 5 HK O 14432/14, ZIP 2016, 973 n.rkr. OLG München 7 U 1775/16</p> <p>Der Versammlungsleiter stützte sich auf die Satzung, die ihn dazu ermächtigte Art und Form der Abstimmungen zu bestimmen. Diese enthielt auch die Regelung, dass bei Wahlen bei Stimmgleichheit das Los entscheide. Der Kläger erklärte Widerspruch und erhob Anfechtungsklage. Er meinte, dass die Satzung über die Regelung zur Stimmgleichheit, eine „echte Auswahl“ zwischen mehreren Kandidaten voraussetze. Die vorrangige Abstimmung über die Wahlvorschläge des AR entspreche nicht der Satzung. Auch die Anwendung der Subtraktionsmethode und die Durchführung einer Simultanwahl sei mit den Regelungen unvereinbar. Die Simultanwahl sei durch Ankündigung der Einzelwahl in der Einberufung i. S. v. Ziff. 5.4.3 Satz 1 DCGK angekündigt worden.</p> <p>01.12.2016</p>
---	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>4. Festlegung der Abstimmungsreihen- folge</p> <p>189</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>LG München I v. 31.03.2016 – 5 HK O 14432/14, ZIP 2016, 973 Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Sind Voraussetzungen des § 137 AktG nicht erfüllt, bleibt es auch bei Wahlen zum AR bei dem Grundsatz: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Festlegung der Abstimmungsreihenfolge obliegt Versammlungsleiter ▪ kann als Erstes den Vorschlag zur Abstimmung stellen, dem er die größten Erfolgsaussichten einräumt ➤ Subtraktionsmethode ist gesetzeskonform ➤ keine Verletzung des Sachlichkeitsgebots durch Versammlungsleiter. ➤ Simultanwahl, bei der Einzelwahl in einem Abstimmungsgang zusammengefasst wird = Einzelwahl ➤ keine Anfechtung möglich, auch wenn Einzelwahl angekündigt <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>5. Gerichtliche Bestimmung eines Versammlungsleiters</p> <p>190</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Gerichtliche Bestimmung eines Versammlungsleiters wegen Besorgnis der Parteilichkeit des AR- Vorsitzenden OLG Köln v. 16.06.2015 – 18 Wx 1/15, AG 2015, 7165</p> <p>Die Antragsteller hatten im Wege eines Ergänzungsverlangens Beschlussfassungen über die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Organmitglieder, unter anderem den AR-Vorsitzenden, auf die Tagesordnung der HV setzen lassen. Die Satzung sah vor, dass der AR-Vorsitzende die HV leitet. Der frühere AR-Vorsitzende hatte bereits dieselben Beschlussvorschläge auf der vorhergehenden HV wegen rechtlicher Bedenken nicht zur Abstimmung gestellt. Daher beantragten die Aktionäre nun vor der nächsten HV die gerichtliche Bestimmung eines anderen Versammlungsleiters, jedenfalls für den auf ihr Verlangen hin ergänzten TOP. Der AR-Vorsitzende hatte zwar zwischenzeitlich gewechselt.</p> <p>01.12.2016</p>
---	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>5. Gerichtliche Bestimmung eines Versammlungsleiters</p>	<p>OLG Köln v. 16.06.2015 – 18 Wx 1/15, AG 2015, 7165</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ bei der Besorgnis der Parteilichkeit kann ein Versammlungsleiter für auch nur einen TOP der HV gerichtlich eingesetzt werden ➤ Z.B. Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Versammlungsleiter kann konkreter Anhaltspunkt für Parteilichkeit sein ➤ Besorgnis, dass Verhandlungen über die Beschlussvorschläge nicht gerecht wird
191	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>II. Die Haupt- versammlung</p> <p>6. Formalia</p>	<p>Keine Gesamtnunwirksamkeit einer notariellen Niederschrift bei teilweiser Formunwirksamkeit bei nicht börsennotierter AG</p> <p>BGH v. 19.05.2015 - II ZR 176/14, NZG 2015, 867</p> <p>Die Klägerin ist Aktionärin einer nicht börsennotierten AG und wendet sich mit der Nichtigkeitsfeststellungsklage gegen die Beschlüsse der HV der Bekl. vom 28. August 2009 über die Gewinnverwendung, die Entlastung des Vorstands, die Wahl des Abschlussprüfers, die Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien, den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Landschafts- und Grünanlagenbau M. GmbH als beherrschter Gesellschaft, die Entlastung des AR und die Neuwahl des AR. Die Niederschrift über die Versammlung wurde vom Vorsitzenden des AR unterzeichnet.</p>
192	01.12.2016


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">C. Die AG</p> <p style="text-align: center;">II. Die Haupt- versammlung</p> <p style="text-align: center;">6. Formalia</p> <p style="text-align: right;">193</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">BGH v. 19.05.2015 - II ZR 176/14, NZG 2015, 867 Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ HV-Niederschrift ist teilbar in <ul style="list-style-type: none"> ▪ notarielle Niederschrift für Beschlüsse, für die Gesetz eine ¾ / größere Mehrheit vorsieht und ▪ eine vom Aufsichtsratsvorsitzenden unterzeichnete Niederschrift für nicht diesen Mehrheitserfordernissen unterliegender Beschlüsse ➤ Werden in einem Beschluss mehrere Satzungsänderungen zusammengefasst und ist eine Satzungsänderungen nichtig, sind die weiteren ebenfalls nichtig, wenn innerer Zusammenhang zwischen Änderungen gegeben ist <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">C. Die AG</p> <p style="text-align: center;">III. Vorstand und Aufsichtsrat</p> <p style="text-align: center;">1. Handlungsfähigkeit der AG</p> <p style="text-align: right;">194</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Handlungsfähigkeit einer AG nach Amtsniederlegung des Alleinvorstands bei nur einem Aufsichtsratsmitglied OLG Hamburg v. 27.6.2016 – 11 W 30/16, NZG 2016, 1070</p> <p>Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens 2012 legten 2014 zwei von drei AR-Mitgliedern der AG ihre Ämter nieder. Der AR wurde nicht ergänzt, weil dies das RegGer aufgrund des laufenden Insolvenzverfahrens für unzulässig hielt. Der Beschwerdeführer, der der alleinige Vorstand der AG war, meldete 2016 zum HR an, dass er sein Amt als Vorstand, aufschiebend bedingt auf den Tag der Eintragung, niedergelegt habe. Das HR wies die Anmeldung zurück, da sie, weil zur Unzeit erfolgt, rechtsmissbräuchlich sei. Mit Eintragung der Amtsniederlegung des Vorstands sei die AG handlungsunfähig. Es hätten schon zwei von drei Aufsichtsratsmitgliedern ihre Ämter niedergelegt.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>III. Vorstand und Aufsichtsrat</p> <p>1. Handlungsfähigkeit der AG</p>	<p>OLG Hamburg v. 27.6.2016 – 11 W 30/16, NZG 2016, 1070 Entscheidung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Auch, wenn nur noch ein Aufsichtsratsmitglied verblieben führt Amtsniederlegung des Alleinvorstands nicht zur Handlungsunfähigkeit der Gesellschaft ➤ Aufsichtsratsmitglied und jeder Aktionär können gerichtliche Ergänzung des Aufsichtsrats gem. § 104 I 1 AktG beantragen ➤ Aufsichtsrat einen neuen Vorstand bestellen ➤ RegGer kann Notvorstand bestellen, § 85 AktG
<p>195</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>III. Vorstand und Aufsichtsrat</p> <p>2. Schriftformwahrung</p>	<p>Schriftformwahrung bei fehlender Vertretungsangabe BGH v. 22.04.2015 - XII ZR 55/14, NJW 2015, 2034</p> <p>Bei einem Zehnjahresmietvertrag fehlen Angaben über die Vertretungsverhältnisse bei der Mieterin, eine AG. Unterzeichnet ist sie von einem Vorstand und einem Prokuristen. In einem Nachtrag (Optionsrechtseinräumung) werden zwei Personen als Vertreter der AG für den Vorstand benannt, wovon eine unterschreibt und eine weitere Person als Vertreter. In einem weiteren Nachtrag wird nur der Vorstand als Vertretungsorgan angegeben; die Unterschrift leistet eine Person. Weil die Schriftform nicht eingehalten sei, kündigt die Vermieterin frist-gemäß.</p>
<p>196</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>C. Die AG</p> <p>III. Vorstand und Aufsichtsrat</p> <p>2. Schriftformwahrung</p> <p style="text-align: right;">197</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BGH v. 22.04.2015 - XII ZR 55/14, NJW 2015, 2034 Entscheidung:</p> <p>Leitsatz:</p> <p>Enthält das Rubrum eines mit einer Aktiengesellschaft abgeschlossenen Mietvertrags oder eines Nachtrags keine Angaben über die Vertretungsregelung der Gesellschaft, ist die Schriftform des Vertrags auch dann gewahrt, wenn nur ein Vorstandsmitglied ohne Vertretungszusatz unterzeichnet hat (Abgrenzung zu Senat, BGHZ 183, BGHZ 183 67 = NZM 2010, 82).</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>C. Die AG</p> <p>III. Vorstand und Aufsichtsrat</p> <p>4. Zustimmung des Aufsichtsrats</p> <p style="text-align: right;">198</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Vertrag mit einem Vorstand OLG München v. 5.3.2015 - 23 U 2384/14, NZG 2015</p> <p>Die klagende AG und deren beklagter ehemaliger Vorstandsvorsitzender stritten um die Zahlung eines ausstehenden Restkaufpreises. Dabei war fraglich, ob der Aufsichtsrat überhaupt dem Abschluss des Kaufvertrags zugestimmt hatte. Das vorgelegte Aufsichtsratsprotokoll war mehrdeutig. Es war folgender Beschluss gefasst worden:</p> <p><i>„Der Aufsichtsratsvorsitzende und das Aufsichtsratsmitglied X sind zur Unterzeichnung des Verkaufs bzw. der Abtretung der Anteile des Klägers an der GmbH an die AG berechtigt.“</i></p> <p>Nachdem die AG sich geweigert hatte, den restlichen Kaufpreis zu zahlen, verklagte der ehemalige Vorstandsvorsitzende die AG auf Zahlung.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>C. Die AG</p> <p>III. Vorstand und Aufsichtsrat</p> <p>4. Zustimmung des Aufsichtsrats</p>	<p>OLG München v. 5.3.2015 - 23 U 2384/14, NZG 2015</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ AR hätten glaubhaft machen können, dass sie bei der Beschlussfassung zumindest wesentlichen Inhalt des Kaufvertrages gekannt hätten ➤ Beschluss dahingehend auszulegen, dass der AR den AR-Vorsitzenden zur Unterzeichnung des KV bevollmächtigt ➤ für wirksamen Zustimmungsbeschluss bereits ausreichend, wenn Mehrheit der AR-Mitglieder den Vertragsentwurf gekannt und diesem zugestimmt haben ➤ Der Beschluss, mit dem der AR dem Abschluss eines Vertrags mit einem Vorstandsmitglied zustimmt, muss sich auf wesentlichen Punkte des mit dem Vorstand abzuschließenden Rechtsgeschäfts beziehen ➤ Hat AR das Aushandeln des Vertrags einem seiner Mitglieder überlassen, muss AR über das Verhandlungsergebnis Beschluss zu fassen
<p>199</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
	<p>D.</p> <p>Aktuelle Rechtsprechung zum Umwandlungsrecht</p>
<p>200</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>II. Bestimmbarkeit des Verschmelzungsstichtags</p>	<p>Bestimmbarkeit des Verschmelzungsstichtags im Verschmelzungsvertrag zweier insolventer GmbH</p> <p>OLG Bremen v. 02.05.2016 – 2 W 23/16, ZIP 2016, 1480</p> <p>Die M. GmbH war Alleingesellschafterin der Antragst. Über beide GmbHs war das Insolvenzverfahren eröffnet. Mit Beschluss des Insolvenzgerichts vom 26.3.2015 (M. GmbH) bzw. vom 3.6.2015 (Antragst.) wurden die Insolvenzv. aufgehoben.</p> <p>Für beide Gesellschaften liegt ein Insolvenzplan vor, der die Verschmelzung der M. GmbH auf die Antragst. vorsieht. In § 3 der Verschmelzungsverträge heißt es unter „Schlussbilanz/ Verschmelzungsstichtag“: <i>„Die Übertragung des Vermögens der M. erfolgt mit Wirkung von dem Tage an, der auf den Tag des Beschlusses des Insolvenzgerichts gem. § 256 InsO über die Aufhebung des Insolvenzverfahrens folgt. Von diesem Tage an gelten alle Handlungen und Geschäfte der M. als für Rechnung der S&K vorgenommen (Verschmelzungsstichtag).“</i></p> <p>Dies hielt das RegGer für zu ungenau.</p>
<p>201</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>II. Bestimmbarkeit des Verschmelzungsstichtags</p>	<p>OLG Bremen v. 02.05.2016 – 2 W 23/16, ZIP 2016, 1480</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ist Verschmelzung zweier insolventer GmbHs in aufeinander abgestimmte Insolvenzpläne vorgesehen, genügt für Angabe des Verschmelzungsstichtags gem. § 5 I Nr. 5 UmwG dessen Bestimmbarkeit <ul style="list-style-type: none"> ▪ z. B. durch Bezugnahme auf den Tag, der auf den Erlass des Bestätigungsbeschlusses des Insolvenzgerichts gem. § 258 InsO folgt ➤ Wenn Aufhebungsbeschluss in elektr. HR eingestellt wird, wird jedem Interessierten ermöglicht, Verschmelzungsstichtag zweifelsfrei festzustellen ➤ Keine Einsichtnahme in Insolvenzakten nötig ➤ § 5 I Nr. 5 UmwG keine starre Formalie <ul style="list-style-type: none"> ➤ dient vorrangig Information der Anteilshaber, Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertretungen
<p>202</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>VI. Nicht voll eingezahlte Geschäftsanteile</p> <p style="text-align: right;">203</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Verschmelzung einer Tochter-GmbH auf ihre Mutter-GmbH bei nicht voll eingezahlten Geschäftsanteilen der Tochter</p> <p>Eine 100%-ige Tochter-GmbH soll auf ihre Mutter- GmbH ohne Kapitalerhöhung gem. § 54 Abs. 1 UmwG verschmolzen werden. Die Geschäftsanteile der Tochter-GmbH sind halb eingezahlt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ bei Upstream-Mergern dürfen Gtern. der übertragenden GmbH keine Anteile gewährt werden, § 20 I 1 Nr. 3 S. 1 2. HS UmwG ➤ § 54 I S. 1 Nr. 1 UmwG Kapitalerhöhungsverbot ➤ übertragende GmbH erlischt gem. § 20 I Nr. 2 S. 1 UmwG, so auch Anteile an übertragender Gesellschaft ➤ § 51 UmwG Zustimmungserfordernis zum Schutz zukünftiger Mitgesellschafter bei nicht Volleinzahlung der Anteile <ul style="list-style-type: none"> ➤ hier (-), da die Einlageforderungen der Tochter-GmbH gegen die Mutter-GmbH durch Gesamtrechtsnachfolge erlöschen <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>VI. Nicht voll eingezahlte Geschäftsanteile</p> <p style="text-align: right;">204</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Verschmelzung einer Tochter-GmbH auf ihre Mutter-GmbH bei nicht voll eingezahlten Geschäftsanteilen der Tochter</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ teleologische Reduktion des § 51 I S. 3 UmwG ➤ Gläubigerschutzaspekten gehen auch sämtliche Verbindlichkeiten über ➤ Gläubiger der Tochter-GmbH können Mutter-GmbH in Anspruch nehmen ➤ § 22 UmwG Sicherheit verlangen <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p>
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p>	<p>Keine Haftung der bei der Umwandlung einer GmbH in GbR ausgeschiedenen Gesellschafter für Verbindlichkeiten der GmbH</p>
<p>VII. Keine Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter</p>	<p>OLG Bremen v. 01.10.2015 – 5 U 21/14, NZG 2016, 185 (Rev. Az. II ZR 314/115)</p>
<p>205</p>	<p>Die Kl. schloss am 09 mit L-GmbH eine Ratenzahlungsvereinbarung, wonach die Klägerin von der L-GmbH noch 299.038,03 € erhalten sollte. Am 28.07.2010 erwarben die Bekl. 2 und der Bekl. 3 die Anteile ihres Mitgesellschafter und fassten einen Beschluss über den Formwechsel der L-GmbH in eine GbR, die Bekl.1. Der Umwandlungsbeschluss wurde am 23.08.2010 im HR eingetragen. Die L-GmbH wurde gelöscht. Am 18.08.2010 übertrug die Bekl. 3 ihren Anteil an der L GmbH mit sofortiger Wirkung auf die A Invest-Ltd. und der Bekl. 2 seine Anteile auf die O Capital-Ltd.</p> <p>Der Notar reichte die (neue) „Liste der Gesellschafter der L-GmbH ...“ am 23.09.2010 beim HR ein.</p>
<p>01.12.2016</p>	


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p>
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p>	<p>OLG Bremen v. 01.10.2015 – 5 U 21/14, NZG 2016, 185</p>
<p>VII. Keine Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter</p>	<p>Auf die offenstehende Mietforderung erhielt die Kl. Ratenzahlungen über insgesamt 120.000 €. Mit der Klage begehrt sie nach Fälligstellung wegen Verzugs die sich aus der Ratenzahlungsvereinbarung ergebene Restforderung.</p> <p>In erster Instanz hat die Klägerin zuletzt beantragt, die Beklagten zu 2 und zu 3 als Gesamtschuldner zu verurteilen, an sie 177.075,18 € nebst Zinsen seit dem 20.04.2010 zu zahlen; hilfsweise die Beklagte zu 2 und zu 3 zu verurteilen, als Gesamtschuldner die Kl. von den Kosten des Rechtsstreits freizustellen.</p>
<p>206</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>VII. Keine Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter</p> <p style="text-align: right;">207</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Bremen v. 01.10.2015 – 5 U 21/14, NZG 2016, 185</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Gesellschafter einer durch Formwechsel entstandenen GbR sind diejenigen Personen, die im Zeitpunkt der Eintragung Gesellschafter der formwechselnden GmbH waren. ➤ Da GbR mangels Handelsgewerbes als solche nicht im Handelsregister eingetragen werden kann, ist die Eintragung im Register der GmbH der Akt, der die Wirkung des Formwechsels auslöst. <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>VIII. Vergessen der eigenen Anteile</p> <p style="text-align: right;">208</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Vergessen der eigenen Anteile beim Formwechsel einer AG in eine GmbH</p> <p>Die A-AG, deren alleinige Aktionäre X und die AG selbst sind, wurde in eine GmbH umgewandelt. Der Beschluss selbst ging davon aus, dass X sämtliche Aktien an der AG hält. Dies hatte zur Folge, dass ihm allein der (einzige) Geschäftsanteil an der GmbH zugewiesen wurde.</p> <p>Frage:</p> <p>Wie wirkt sich der Umstand auf die Wirksamkeit der Umwandlung aus, dass die AG mit ihren eigenen Aktien bei der Umwandlung nicht berücksichtigt wurde?</p> <p>Sind Korrektur- und Heilungsmaßnahmen nötig, um dem Formwechsel Bestand zu verleihen?</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>IX. Wirksamkeit eines Forderungs- übergangs</p> <p style="text-align: right;">209</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Wirksamkeit eines Forderungsübergangs bei einer Verschmelzung trotz vereinbarten Abtretungsverbot BGH v. 22.09.2016 – VII ZR 298/14, ZIP 2016, 2015</p> <p>Der Beklagte hat mit seinem Gläubiger, einer GmbH, die ein Bauunternehmen betreibt, rechtsgeschäftlich ein Abtretungsverbot vereinbart, das auch Vergütungsansprüche der GmbH gegen den Beklagten einschloss. Vor vollständiger Vertragserfüllung wurde die GmbH auf eine andere GmbH, die jetzige Klägerin, verschmolzen. Kurz nach der Verschmelzung wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Klägerin eröffnet. Der Insolvenzverwalter macht die Vergütungsansprüche teilweise gerichtlich gegen den Beklagten geltend.</p> <p>Das LG und OLG Düsseldorf haben den Beklagten zur Leistung verurteilt.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>IX. Wirksamkeit eines Forderungs- übergangs</p> <p style="text-align: right;">210</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BGH v. 22.09.2016 – VII ZR 298/14, ZIP 2016, 2015 Entscheidung:</p> <p>Leitsätze:</p> <p>1. Das in einem Bauvertrag vereinbarte Abtretungsverbot nach § 399 Alt. 2 BGB steht dem Übergang der dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber zustehenden Zahlungsansprüche auf die übernehmende Gesellschaft aufgrund der in § 20 I Nr. 1 UmwG angeordneten Gesamtrechtsnachfolge anlässlich einer Verschmelzung des Auftragnehmers auf die übernehmende Gesellschaft nicht entgegen.</p> <p>2. ...</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>X. Aktuelles zu Spaltung und Ausgliederung</p>	<p>Haftung des übertragenden Rechtsträgers nach Ausgliederung für Ausgleichsanspruch des Versicherungsvertreters</p> <p>BGH v. 13.8.2015 – VII ZR 90/14, ZIP 2015, 1823</p> <p>Der kl. Versicherungsvertreter machte gegen das bekl. Versicherungsunternehmen einen „Goodwill“-Ausgleichsanspruch nach § 89 b HGB geltend. Die Bekl. hatte ihren Vertrieb inklusive aller Vertreterverhältnisse im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme auf die A.D.V. AG übertragen. Diese kündigte den Vertrag mit dem Kl. zum Ende 2009 und stellte den Kl. von bis dahin seiner Tätigkeit frei. Der Kl. wies die Kündigung aufgrund eines fehlenden Vollmachtsnachweises zurück und kündigte beiden Gesellschaften gegenüber fristlos. Streitig ist zwischen den Parteien, ob der übertragender Rechtsträger gesamtschuldnerisch für den Ausgleichsanspruch haftet, § 133 I UmwG.</p>
<p>211</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>X. Aktuelles zu Spaltung und Ausgliederung</p>	<p>BGH v. 13.08.2015 – VII ZR 90/14, ZIP 2015, 1823</p> <p>Entscheidung:</p> <p>Leitsatz:</p> <p>Geht ein Agenturverhältnis durch eine auf der Seite des Versicherungsunternehmens erfolgte Ausgliederung auf ein anderes Unternehmen nach § 131 I Nr. 1 i.V.m. § 123 III Nr. 1 UmwG über und wird die Beendigung dieses Agenturverhältnisses nach dem Wirksamwerden der Ausgliederung herbeigeführt, so handelt es sich bei der Verbindlichkeit nach § 89 b HGB gegenüber dem Versicherungsvertreter um eine Verbindlichkeit iSv 133 I UmwG, für die das Versicherungsunternehmen als übertragender Rechtsträger haftet.</p>
<p>212</p>	<p>01.12.2016</p>


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>X. Aktuelles zu Spaltung und Ausgliederung</p> <p style="text-align: right;">213</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Darlehensgewährung bei Ausgliederung von Vermögen eines Einzelkaufmanns auf GmbH OLG München v. 15.11.2011, 31 Wx 482/11, DStR 2012, 142</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ der übertragende Rechtsträger kann der aufnehmenden Gesellschaft insoweit ein Darlehen zur Verfügung stellen, als der Wert des übertragenen Vermögens den Nennbetrag der im Gegenzug erhaltenen Geschäftsanteile übersteigt ➤ UmwG sieht nicht vor, dass als Gegenleistung für die Übertragung ausschließlich Anteile oder Mitgliedschaften gewährt werden müssen ➤ § 125 UmwG (-) ➤ Höchstgrenze des § 54 Abs. 4 UmwG (-) ➤ Bei Ausgliederung sind Anteilsinhaber des übertragenden Rechtsträgers nicht unmittelbar betroffen. <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XI. Haftungsfallen bei der Gesamtrechtsnachfolge</p> <p style="text-align: right;">214</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Übertragbarkeit der Verwalterstellung bei Umwandlung BGH v. 21.02.2014, V ZR 164/13, NJW 2014, 1447</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Verwalter = juristische Person → tritt das besondere persönliche Vertrauen in den Hintergrund ➤ Analogie zu § 673 S. 1 BGB (-), da keine Regelungslücke ➤ Gesamtrechnachfolge in den Verwaltervertrag und die Organstellung nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG <p>→ nicht nur im Falle der Verschmelzung, sondern auch bei Spaltungs- und Ausgliederungsmaßnahmen, beim Formwechsel und allen anderen Formen der Gesamtrechtsnachfolge soweit der Ausgangsrechtsträger eine juristische Person ist</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p>	<p>Folgen des „Brexit“ für Ltd mit Verwaltungssitz in Deutschland ausführlich Seeger, DStR 2016, 1817</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Folgen der Anwendung der Sitztheorie <ul style="list-style-type: none"> ▪ Trabrennbahn-Urteil des BGH → Fortgeltung der Sitztheorie für Gesellschaften aus Drittstaaten ➤ Art. 50 III EUV = eindeutigen ➤ Brit. Gesellschaften können sich nicht mehr auf Niederlassungsfreiheit berufen = Sitztheorie wird Anwendung finden ➤ d.h. Deutsches Recht findet Anwendung auf britische Limited mit Verwaltungssitz in Deutschland <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wird wie Personengesellschaft behandelt ▪ P.: nur ein Gter. → e.K. mit allen rechtl. Folgen ▪ Vermutlich stillen Reserven im Vermögen der Gesellschaft und in den Anteilen aufgedeckt und besteuert werden sowie offene Rücklagen als ausgeschüttet gelten
215	01.12.2016

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p>	<p>Trabrennbahn-Urteil BGH v. 27.10.2008 - II ZR 158/06, GmbHR 2009, 138</p> <p>Eine in der Schweiz gegründete AG mit Verwaltungssitz in Deutschland ist in Deutschland als rechtsfähige Personengesellschaft zu behandeln.</p> <p>Singapur-Urteil BGH v. 8.10.2009 – IX ZR 227/06, GmbHR 2010, 211</p> <p>Die Sitztheorie ist nur im Verhältnis zu Ländern aufgegeben, bei denen nach ausländischem Recht gegründete Kapitalgesellschaften im Inland Niederlassungsfreiheit genießen, nicht im Verhältnis zu sonstigen Drittstaaten wie z.B. Singapur.</p>
216	01.12.2016

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmWR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p> <p style="text-align: right;">217</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Folgen des „Brexit“ für Ltd mit Verwaltungssitz in Deutschland ausführlich Seeger, DStR 2016, 1817</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Folgen der Anwendung der Sitztheorie <ul style="list-style-type: none"> ▪ Trabrennbahn-Urteil des BGH → Fortgeltung der Sitztheorie für Gesellschaften aus Drittstaaten ➤ Art. 50 III EUV = eindeutigen ➤ Brit. Gesellschaften können sich nicht mehr auf Niederlassungsfreiheit berufen = Sitztheorie wird Anwendung finden ➤ d.h. Deutsches Recht findet Anwendung auf britische Limited mit Verwaltungssitz in Deutschland <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wird wie Personengesellschaft behandelt ▪ P.: nur ein Gter. → e.K. mit allen rechtl. Folgen ▪ Vermutlich stillen Reserven im Vermögen der Gesellschaft und in den Anteilen aufgedeckt und besteuert werden sowie offene Rücklagen als ausgeschüttet gelten <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmWR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p> <p style="text-align: right;">218</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Kein Bestandsschutz für bereits existierende Ltds. aus Rechtsstaatsprinzip</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Pro Bestandsschutz Bode/Bron GmbHR 2016, R129 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundprinzipien, dass die Wirksamkeit von einmal getätigten Dispositionen und Rechtshandlungen nicht durch eine Änderung der Rechtslage wieder entzogen werden darf ➤ Contra Bestandsschutz Seeger <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grunds. Vorrang des Unionsrechts vor nationalen Recht ▪ Bürger müssen mit Änderung der deutschen Rechtsvorschriften rechnen ▪ Bestandsschutz lässt sich aus Rechtsstaatsprinzip des GG nicht begründen, da beim Brexit voraussichtlich keine deutschen Rechtsvorschriften geändert werden ▪ Brexit langen zeitlichen Vorlauf, indem auf Folgen reagiert werden kann <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p> <p style="text-align: right;">219</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Kein Bestandsschutz aus Gesellschaftsrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kein Bestandsschutz aufgrund der Eintragung im HR ➤ Keine Anwendung der Lehre vom fehlerhaften Verband ➤ Keine Heilung <p>Kein Gebot Bestandsschutz gesetzlich einzuführen</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p> <p style="text-align: right;">220</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Gestaltungsmöglichkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Asset Deal <ul style="list-style-type: none"> ▪ Übertragung sämtliche Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse auf deutsche Kapitalgesellschaft ▪ P.: ggf. Aufdeckung stiller Reserven ▪ P.: Vertragsübernahme ▪ P.: Liquidation der Ltd. in GB ➤ Grenzüberschreitender Formwechsel <ul style="list-style-type: none"> ▪ bis zum Brexit wegen Niederlassungsfreiheit grenzüberschreitender Formwechsel in deutsche Kapitalgesellschaftsform möglich ▪ „Hereinformwechsel“ vor Brexit grundsätzlich steuerneutral ▪ P.: kein Formwechsel in UG (haftungsbeschränkt) ➤ Grenzüberschreitende Verschmelzung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auch auf UG (haftungsbeschränkt) möglich, sofern durch Verschmelzung Mindeststammkapital erreicht <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p> <p style="text-align: right;">221</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Grenzüberschreitende Verlegung des Satzungs- und Verwaltungssitzes einer ausländischen Kapitalgesellschaft nach Deutschland</p> <p>OLG Nürnberg v. 19.06.2013, 12 W 520/13, BeckRS 2014, 01288</p> <p>Die Gesellschafter einer luxemburgischen „C. S. à r. l.“ beschlossen die Sitzverlegung und den damit einhergehenden Formwechsel in eine deutsche „D. GmbH“, in der künftig die Tätigkeit am neuen Gesellschaftssitz in Deutschland fortgesetzt werden sollte. Im Februar 2012 wurde die „C. S. à r. l.“ im luxemburgischen Register mit der Begründung gelöscht, dass der Sitz der Gesellschaft ins Ausland verlegt worden sei. Im Oktober 2012 wiederholten die Gesellschafter die Beschlüsse nach deutschem Recht mit Beurkundung durch einen deutschen Notar. Ferner beschlossen sie, dass die „C. S. à r. l.“ formwechselnd analog den §§ 190 ff. UmwG in eine GmbH nach deutschem Recht umgewandelt wird. Der entsprechende Eintragungsantrag wurde abgelehnt.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p> <p style="text-align: right;">222</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>OLG Nürnberg v. 19.06.2013, 12 W 520/13, BeckRS 2014, 01288</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei Verlegung des Sitzungssitz einer Gesellschaft unter gleichzeitigem Wechsel in eine Rechtsform deutschen Rechts (sofern das Recht des Wegzugsstaates den Formwechsel gestattet) → europarechtskonforme Anwendung der §§ 190 ff. UmwG ➤ Formwechselnder Rechtsträger muss ausl. Kapitalgesellschaft sein (§ 191 Abs. 1 UmwG) ➤ Problem: Löschung der Gesellschaft im ausl. Handelsregister mit Hinweis der Sitzverlegung vor Umwandlungsbeschluss <p>→ Nach europarechtskonformer Auslegung der Art. 49 und 54 AEUV hinnehmbar</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p> <p style="text-align: right;">223</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Verfahrensweise beim grenzüberschreitenden Formwechsel einer EU-Auslandsgesellschaft nach Deutschland</p> <p>Heckschen, ZIP 2015, 2049</p> <p>➤ Der Zuzug einer EU-Auslandsgesellschaft stellt zwar rechtlich keine Gründungsakt dar, dennoch sind analog § 197 UmwG die deutschen Gründungsvorschriften anzuwenden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beurkundung des Gründungsaktes nach § 2 UmwG, §§ 8 f. BeurkG. <ul style="list-style-type: none"> - aus Sicht des dt. Verfahrensrechtes ist Beurkundung in deutscher Sprache nicht erforderlich, § 5 Abs. 2 BeurkG, fremdsprachige Urkunden sind zu übersetzen - Bei Beurkundung im Ausland muss das Amtspersonal einem deutschen Notar vergleichbar sein ▪ Teilnahme aller Gesellschafter an der Gründung, § 2 Abs. 1 S. 2 GmbHG <ul style="list-style-type: none"> - Nicht anwesende können sich durch zumindest öffentlich beglaubigte Vollmachten vertreten lassen ▪ Sollen Gesellschafter im Zuge der grenzüberschreitenden Sitzverlegung ausscheiden, sollte dies wegen § 3 Abs. 1 Nr. 4 GmbH noch im Wegzugstaat vollzogen werden <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	--

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>D. Aktuelles zum UmwR</p> <p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p> <p style="text-align: right;">224</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Verfahrensweise beim grenzüberschreitenden Formwechsel einer EU-Auslandsgesellschaft nach Deutschland</p> <p>➤ Kapitalausstattung: Anteile werden nicht für Vermögenszufuhr gewährt, sondern dass das not. Gesellschaftsvermögen beim Austausch des Rechtskleides unangetastet bleibt und den Gegenwert für die GmbH-Anteile abbildet</p> <p>➤ Bestehen einer realen Niederlassung: ist nach §§ 27, 31 FamFG glaubhaft zu machen → bei Zweifeln ist Industrie- und Handelskammer zu beteiligen, § 380 FamFG</p> <p>➤ Wahrung der rechtlichen und wirtschaftlichen Kontinuität: liegt nicht vor bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsträgern die Infolge der Auflösung nicht fortsetzungsfähig sind ▪ Sitzverlegung darf dem Wesen der Liquidation nicht widersprechen, § 69 GmbHG ▪ Rechtsmissbräuchliche Sitzverlegung ▪ Wirtschaftliche Diskontinuität <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
---	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p>
<p>D. Aktuelles zum UmwR</p>	<p>Anwendbares Recht KG v. 21.03.2016 – 22 W 64/15, NZG 2016, 834</p>
<p>XII. Der richtige Weg über die Grenze</p>	<p>Sachverhalt: Eine nach französischem Recht gegründete Kapitalgesellschaft (SARL) wollte ihren Geschäftssitz von Paris nach Berlin verlegen.</p>
<p>225</p>	<p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Grenzüberschreitender Formwechsel richtet sich nach deutschen Vorschriften über den Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine GmbH. ➤ Regelungen über den grenzüberschreitenden Sitzwechsel einer Europäischen Gesellschaft finden keine Anwendung. ➤ Absage an „Checkliste“ des AG Charlottenburg
<p>01.12.2016</p>	


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	<p>HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p>
<p>Ausländische Gesellschaften – aktuelle Rechtsprechung</p>	
<p>226</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: center;">Ausländische Gesellschaften</p> <p style="text-align: center;">I. Nachweis Vertretungsmacht</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">227</p>	<p style="text-align: right; font-size: small;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>Nachweis der Vertretungsmacht beim Auftreten ausländischer Gesellschaften</p> <p>OLG Nürnberg v. 26.01.2015 – 12 W 46/15, ZIP 2015, 1630</p> <p>Die Gter-Versammlung der A-GmbH hatte eine Umfirmierung der GmbH beschlossen. In der Gter-Versammlung wurde die Allein-Gterin, eine Ltd., durch einen Bevollmächtigten vertreten, dessen Vollmacht durch die beiden directors der Limited ausgestellt worden war. Der Notar fügte HR-Anmeldung zum Nachweis der Vertretungsberechtigung der beiden directors eine „Vertretungsfeststellung“ bei. Darin bescheinigte er, dass aufgrund Einsicht in das Companies House die beiden directors gemeinsam vertretungsberechtigt seien. Das Registergericht sah die Vertretungsberechtigung nicht ausreichend nachgewiesen.</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: center;">Ausländische Gesellschaften</p> <p style="text-align: center;">I. Nachweis Vertretungsmacht</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">228</p>	<p style="text-align: right; font-size: small;">HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE</p> <p>OLG Nürnberg v. 26.01.2015 – 12 W 46/15, ZIP 2015, 1630</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Registergericht ist im Eintragungsverfahren immer von Amts wegen verpflichtet– nicht nur bei begründeten Zweifeln – die bestehende Vertretungsbefugnis der handelnden Organe einer juristischen Person zum Zeitpunkt der Stellung des Eintragungsantrags zu prüfen ➤ Prüfung erfordert positiven Nachweis der Vertretungsberechtigung ➤ bloße Glaubhaftmachung genügt nicht <p style="text-align: right; font-size: small;">01.12.2016</p>
--	--


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>Ausländische Gesellschaften</p> <p>I. Nachweis Vertretungsmacht</p>	<p>OLG Nürnberg v. 26.01.2015 – 12 W 46/15, ZIP 2015, 1630</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Als Nachweis der Vertretungsbefugnis reicht nicht Bescheinigung eines deutschen Notars, § 21 BNotO, wenn Erkenntnisse nur durch Einsichtnahme ins Register des Companies House ➤ ≠ deutsches Handelsregister ➤ Auch wenn alle Mitglieder des board of directors, die beim Companies House eingetragen sind, beim Eintragungsantrag mitgewirkt haben
<p>229</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>Ausländische Gesellschaften</p> <p>II. Haftung des Directors einer Limited</p>	<p>Haftung des Directors einer Limited für massverkürzende Zahlungen</p> <p>EuGH v. 10.12.2015 - Rs. C-594/14, ZIP 2015, 2468</p> <p>BGH v. 15.03.2016 – II ZR 119/14, DStR 2016, 1120</p> <p>Der Kl. ist InsolvenzV über das Vermögen der K. Ltd./Schuldnerin. Das Verfahren ist am 27.11.2007 eröffnet worden. Die Schuldnerin ist als Lt. Companies House eingetragen. Eine deutsche Zweigniederlassung ist in dem zunächst vom AG Erfurt, jetzt vom AG Jena geführten HR eingetragen. Die Beklagte ist director der Schuldnerin.</p> <p>Die Schuldnerin war überwiegend in Deutschland tätig. Ihr Unternehmensgegenstand bestand in der Montage von Lüftungsanlagen und damit verbundenen Dienstleistungen.</p> <p>Mit der Behauptung, die Schuldnerin sei spätestens seit dem 01.11.2006 zahlungsunfähig und die Beklagte habe in der Zeit vom 11.12.2006 bis zum 26.02.2007 Zahlungen der Schuldnerin i.H.v. 110.151,66 € veranlasst, hat der Kläger die Beklagte auf Ersatz dieses Betrags in Anspruch genommen.</p>
<p>230</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>Ausländische Gesellschaften</p> <p>II. Haftung des Directors einer Limited</p> <p style="text-align: right;">231</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>EuGH v. 10.12.2015 - Rs. C-594/14, ZIP 2015, 2468</p> <p>Entscheidung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Art. 4 EuInsVO aF ist dahin auszulegen, dass in seinen Anwendungsbereich eine Klage vor einem deutschen Gericht fällt, mit der der Direktor einer Gesellschaft englischen oder walisischen Rechts, über deren Vermögen in Deutschland das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, vom Insolvenz-verw. dieser Gesellschaft auf der Grundlage einer nationalen Bestimmung wie § 64 II 1 GmbHG aF auf Ersatz von Zahlungen in Anspruch genommen wird, die der Direktor vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens, aber nach dem Zeitpunkt, auf den der Eintritt der Zahlungsunfähigkeit festgesetzt wurde, geleistet hat. 2. Die Art. 49 und 54 AEUV stehen der Anwendung einer nationalen Vorschrift wie § 64 II 1 GmbHG aF auf den Direktor einer Gesellschaft englischen oder walisischen Rechts, über deren Vermögen in Deutschland das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, nicht entgegen. <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p>Ausländische Gesellschaften</p> <p>II. Haftung des Directors einer Limited</p> <p style="text-align: right;">232</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>BGH, Urt. v. 15.03.2016 – II ZR 119/14, DStR 2016, 1120</p> <p>Entscheidung:</p> <p>Auf den Direktor einer private company limited by shares, über deren Vermögen in Deutschland das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, kommt § 64 S. 1 GmbHG zur Anwendung.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---


<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">Ausländische Gesellschaften</p> <p style="text-align: center;">III. Private Company Limited by guarantee im deutschen Rechtsverkehr</p> <p style="text-align: right;">233</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>Die Private Company Limited by guarantee (LBG) im deutschen Rechtsverkehr</p> <p>OLG Dresden, Beschl. v. 25.01.2016 - 17 W 27/16 Heckschen/Strnad, GmbHR 2016, 469</p> <p>Eine im Companies House eingetragene LBG beabsichtigte zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit auf dem deutschen Markt eine Zweigniederlassung zu errichten und eintragen zu lassen. Die LBG kommt ohne gez. Kapital aus. Die Haftung der Gter beschränkt sich auf 1 £ für die in der Satzung genannten Fälle. Im konkreten Fall war Gegenstand des Unternehmens <i>Förderung oder Regulierung von Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Bildung, Religion, Wohlfahrt oder eines Gewerbes und aller Tätigkeiten, die zum Erreichen des Unternehmensgegenstandes geeignet und förderlich sind</i>. Die Gewinne der LBG dürfen regelm. nur zur Förderung des Unternehmensgegenstandes verwendet werden. Die durch Notar eingereichte Anmeldung enthielt alle gemäß §§ 13d f. HGB für Registrierung einer Zweigniederlassung erforderlichen Angaben und Anlagen. Der Gegenstand der Zweigniederlassung war ausreichend bezeichnet.</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <p style="text-align: center;">Ausländische Gesellschaften</p> <p style="text-align: center;">III. Private Company Limited by guarantee im deutschen Rechtsverkehr</p> <p style="text-align: right;">234</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Dresden, Beschl. v. 25.01.2016 - 17 W 27/16</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ LBG ist eintragungsfähig ➤ nationalen Rechts Englands, Europarechts und bestehende europäische und deutsche Rechtsprechung zeigen, dass Niederlassung einer LBG anmelderechtlich mit der deutscher GmbH gleichzustellen und auch gleich zu behandeln ist <ul style="list-style-type: none"> ▪ Laut Companies Act 2006 ist die LBG eine Kapitalgesellschaft ▪ sog. Einpersonengesellschaftsrichtlinie (Zwölfte Richtlinie 89/667/EWG des Rates vom 21.12.1989) und Richtlinie 2009/101/EG führen in ihren Artikeln 1 die von den Regelungen betroffenen Gesellschaftsformen der einzelnen Mitgliedstaaten auf ▪ für Deutschland → GmbH ▪ Für GB → Private Company Limited by shares/by guarantee oder nur allgemein die companies incorporated with limited liability <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	---

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>Ausländische Gesellschaften</p> <p>III. Private Company Limited by guarantee im deutschen Rechtsverkehr</p>	<p>OLG Dresden, Beschl. v. 25.01.2016 - 17 W 27/16</p> <p>Entscheidung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ EuGH <ul style="list-style-type: none"> ▪ neben Rechtsfähigkeit von in Mitgliedstaat gegründeten Kapitalgesellschaften auch Zulässigkeit der Ausnutzung günstigerer Rechtsvorschriften in einem anderen Mitgliedstaat im Hinblick auf die Niederlassungsfreiheit ▪ keine Differenzierung zwischen den im Companies Act 2006 gleichermaßen normierten Gesellschaftsformen der Private Company Limited by shares und der LGB zu entnehmen ➤ Vielzahl deutscher Urteile differenziert nicht zwischen unterschiedlichen rechtlichen Ausgestaltungen der englischen Private Limited Company ➤ behandelt diese unter gemeinsamer Überschrift Private Company Limited by shares or by guarantee
<p>235</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p>	 HECKSCHEN & VAN DE LOO NOTARE
<p>Ausländische Gesellschaften</p> <p>IV. Vermögen gelöschter Limited</p>	<p>Behandlung des in Deutschland belegenen Vermögens einer gelöschten Limited</p> <p>OLG Brandenburg v. 27.07.2016 – 7 U 52/15, GWR 2016, 421 (Stiegler)</p> <p>Die Kl. verlangt von der bekl. Ltd. & Co. KG, bei der neben einer englischen Private Limited Company als einzige Komplementärin auch die einzige Kommanditistin eine Limited englischen Rechts ist, Zahlungen i.H.v ca.1 Mio. €. Auf Antrag der Klägerin hat das LG festgestellt, dass die Bekl. als parteifähig fortbesteht. Die Bekl. Meint, sie sei zum Zeitpunkt der Klageeinreichung bereits aufgelöst gewesen, eine Klage gegen sie unzulässig. Die verbliebene Ltd. sei als persönlich haftende Gesellschafterin heranzuziehen. Auch die Komplementärin wurde später aus dem englischen Register gelöscht. Auch diese könne nicht mehr in Anspruch genommen werden, sondern nur deren früherer Geschäftsführer.</p>
<p>236</p>	<p>01.12.2016</p>

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: center;">Ausländische Gesellschaften</p> <p style="text-align: center;">IV. Vermögen gelöschter Limited</p> <p style="text-align: right;">237</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p>OLG Brandenburg v. 27.07.2016 – 7 U 52/15, GWR 2016, 421 Entscheidung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wird eine englische Private Limited Company im dortigen Register gelöscht, so fällt ihr in Deutschland befindliches Vermögen nicht an die englische Krone. 2. Vielmehr besteht die Limited in Deutschland als Restgesellschaft fort, solange sie hier noch Vermögen besitzt, das sonst keinem Rechtsträger zugeordnet werden könnte. 3. Diese Restgesellschaft ist (bleibt) juristische Person ebenso wie dies für Rest- oder Spaltgesellschaften nach ausländischer Konfiskation mit Vermögen im Inland anerkannt ist. Die Limited wird nicht zur GbR oder OHG. <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--

<p>Juristische Fachseminare Regressrisiken im Kapital- und Personengesellschaftsrecht</p> <hr/> <p style="text-align: right;">238</p>	<p style="text-align: right;">HECKSCHEN & VAN DE LOO  NOTARE</p> <p style="text-align: center;">Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit</p> <p style="text-align: right;">01.12.2016</p>
--	--